

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

1945

Band 3

Kriegsende ohne Frieden

Band 3/114: 19.06.1945 – 04.07.1945

19.06.1945

Berlin: Die von der SPD unterbreiteten Vorschläge für eine gemeinsame Zusammenarbeit mit der KPD werden von den Vertretern des Zentralkomitees der KPD am 19. Juni 1945 abgelehnt.

Walter Ulbricht (KPD) erklärt am 19. Juni 1945 (x111/39): >>Die Zeit für eine organisatorische Vereinigung ist noch nicht gekommen. Eine verfrühte Vereinigung trägt den Keim neuer Zersplitterung in sich und diskreditiert dadurch den Gedanken der Einheit. ...<<

CSR: Der Präsident der Republik erläßt am 19. Juni 1945 ein Dekret über die Bestrafung der nazistischen Verbrecher, der Verräter und ihrer Helfershelfer sowie über die außerordentlichen Volksgerichte.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die willkürlichen Strafverfahren und Verfolgung der Deutschen in der CSR (x004/78-83): >>... Gegen Ende der organisierten Ausweisungsaktion wurde ein großer Teil der bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe Verurteilten und Untersuchungshäftlinge, die keine höhere Strafe zu erwarten hatten, in die Ausweisungstransporte eingewiesen.

Gewiß mußten alle diejenigen, die wirklicher Verbrechen überführt waren, bestraft werden, aber die politischen und rechtlichen Hypothesen, auf denen das Retributionsdekret beruhte, ebenso wie die Verfahrenspraxis schufen statt Recht in vielen Fällen neues Unrecht.

So gerieten auch eine Reihe der großen Prozesse gegen Repräsentanten des deutschen Regimes in das Zwielficht politischer Vergeltungsmaßnahmen. Das gilt z.B. für die Verhandlung, die vom 10. Dezember 1946 bis 15. Februar 1947 im Kreisgericht Prag-Süd in Pankrác gegen 16 Abgeordnete und Senatoren der Sudetendeutschen Partei geführt wurde, den sogenannten "Abgeordnetenprozeß".

Das Retributionsdekret, das zur Bestrafung und Ausschaltung vorwiegend der Deutschen und ihrer tschechischen Kollaborateure erlassen worden war, wurde nach dem kommunistischen Umsturz erneuert und als Instrument der neuen Machthaber diesmal fast ausschließlich gegen ihre tschechischen politischen Gegner angewandt. Wie eine Reihe weiterer gegen die Deutschen gerichteten Dekrete und Gesetze erwies es sich als Hilfsmittel der Kommunisten zur Verwirklichung ihrer politischen und Sozialrevolutionären Ziele.

Von der Idee kollektiver Schuld und Verantwortung gingen auch eine Reihe weiterer gegen die Deutschen (und Madjaren) insgesamt gerichteter demütigender und diskriminierender Maßnahmen aus, die zum großen Teil der nationalsozialistischen Judenpolitik nachgeahmt waren und mit ihr gerechtfertigt wurden.

Dazu gehörte die befohlene Kennzeichnung der Deutschen durch besondere weiße oder gelbe Armbinden oder weiße Stoffflecken mit einem aufgezeichneten N (Nemec = Deutscher), das Verbot der Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln und Einrichtungen, die Behinderung der Bewegungsfreiheit durch Sperrstunden mit der Anordnung, den Wohnort über einen Um-

kreis von 7 km hinaus nicht zu verlassen, und weitere Beschränkungen der persönlichen Freiheit und Existenz. Auch die Festsetzung der Verpflegungssätze nach den im Dritten Reich für die Juden festgesetzten Rationen ist hier zu nennen, ebenso die Einschränkung der Einkaufszeiten für Deutsche auf so knapp bemessene Fristen, daß oft die zum Arbeitseinsatz herangezogenen Frauen sie gar nicht wahrnehmen konnten.

Eine weitere Maßnahme, die über den durch das Dekret vom 19. Juni betroffenen Personenkreis weit hinausging, war die systematische Internierung der Deutschen.

Vom innertschechischen Gebiet ausgehend, wo der größte Teil der deutschen Bevölkerung bereits während des Aufstandes oder in den Tagen und Wochen danach interniert worden war, griff sie mit dem Erscheinen größerer Partisaneneinheiten und Formationen der Svoboda-Armee auf die sudetendeutschen Gebiete über. In einzelnen Gegenden, vor allem im Ostsudetendland und in dem Gebiet von Saaz - Brüx - Komotau, wurden davon die Bewohner ganzer Dörfer und Städte erfaßt. In vielen Fällen bildete sie im innertschechischen Gebiet wie im Sudetenland den Auftakt zur Austreibung in die sowjetischen Besatzungszonen Deutschlands und Österreichs oder zum Zwangsarbeitseinsatz im innertschechischen Gebiet.

So wurden auch durchweg die bald nach Kriegsende und später aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrenden Sudetendeutschen, ohne Rücksicht darauf, daß sie von den alliierten Gewahrsamsmächten und auch von den Sowjets einzeln oder in geschlossenen Transporten in ihre Heimat entlassen worden waren, gleich nach ihrer Ankunft in der CSR wieder gefangengesetzt und in die zahlreichen Lager geschafft, wo sie dann oft ein härteres Los zu erleiden hatten als das ihrer bisherigen Kriegsgefangenschaft.

Das Schicksal der in den Lagern Zusammengetriebenen unterschied sich vor allem in den ersten Monaten kaum von dem derjenigen Deutschen, die auf Grund der neuen politischen Strafgesetzgebung oder unter willkürlichen Vorwänden verhaftet worden waren und z.T. in denselben Lagern wie die Internierten, meist allerdings von ihnen getrennt, untergebracht worden waren.

In einigen dieser Lager, wie vor allem in Theresienstadt, wechselten nur die Opfer:

wo vorher jüdische Gefangene unter dem nationalsozialistischen Zwangssystem litten, wurden jetzt Deutsche gequält und mißhandelt.

"Bestimmt gab es unter ihnen welche", so lesen wir in dem erschütternden Bericht eines jüdischen Mitgefangenen über das Lager Theresienstadt, "die sich während der Besetzungsjahre manches haben zuschulden kommen lassen, aber die Mehrzahl, darunter viele Kinder und Halbwüchsige, wurden bloß eingesperrt, weil sie Deutsche waren. Nur weil sie Deutsche waren ...?"

Der Satz klingt erschreckend bekannt; man hatte bloß das Wort "Juden" mit "Deutsche" vertauscht. Die Fetzen, in die man die Deutschen hüllte, waren mit Hakenkreuzen beschmiert. Die Menschen wurden elend ernährt, mißhandelt, und es ist ihnen um nichts besser ergangen, als man es von deutschen Konzentrationslagern her gewohnt war. Der Unterschied bestand lediglich darin, daß der herzlosen Rache, die hier am Werke war, das von der SS zugrunde gelegte großzügige Vernichtungssystem fehlte".

Nachdem in der angelsächsischen Presse kritische Berichte über die Verhältnisse in der Tschechoslowakei erschienen waren, mehrten sich in den westlichen Ländern Stimmen, die die grausame Behandlung der Sudetendeutschen verurteilten.

Wie weit solche Vorhaltungen die Bemühungen tschechischer Regierungsstellen um eine Beseitigung der ärgsten und offenkundigsten Mißstände in den Lagern und Gefängnissen beeinflußt haben, läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen.

Zweifellos waren seit dem Sommer 1945 vor allem bürgerliche Kräfte auch aus innerpolitischen Gründen bestrebt, der seit den Revolutionstagen in den Sudetenländern herrschenden chaotischen Zustände Herr zu werden und die Kontrolle über die neuerrichteten Verwaltungs-

und Sicherheitsorgane zu gewinnen; sie suchten die radikalen und für ihre Posten unqualifizierten Elemente, die meist für die fortdauernden Ausschreitungen verantwortlich waren, nun möglichst rasch auszuschalten, zumal auch in der tschechischen Öffentlichkeit vereinzelt Kritik an den Methoden der Behandlung der Sudetendeutschen laut wurde.

Als einige der ärgsten Schinder wegen Unterschlagung und persönlicher Bereicherung verhaftet worden waren, besserten sich seit Ende des Jahres dann auch die Zustände in einzelnen Lagern. Die Änderung der anfänglichen Bezeichnung Konzentrationslager in Internierungs-, Arbeits- und schließlich Sammellager scheint aus Rücksicht auf die Weltöffentlichkeit vorgenommen worden zu sein, da man mit dem Begriff des Konzentrationslagers zwangsläufig die Vorstellung von Massengrausamkeiten verband.

Die Änderung der Lager-Bezeichnung bedeutete aber keineswegs eine gleichzeitige Änderung der geübten Praktiken; denn die Bewachungsmannschaften setzten sich hier wie in den Gefängnissen in der ersten Zeit nach der Wiedererrichtung des Staates aus Angehörigen der Revolutionsgarde und später der Stráz (Sbor) Národní Bezpečnosti (SNB, Wache der nationalen Sicherheit) zusammen.

Die SNB, die die Funktionen des Staatssicherheitsdienstes und zugleich der Gendarmerie und Polizei ausübte, war genauso gefürchtet wie die Revolutionsgarde. Bei ihrer überstürzten Aufstellung waren zweifelhafte Elemente in ihre Reihen eingeströmt. Offenbar wurden auch ganze Gruppen von Revolutionsgardisten, die in einzelnen Orten stationiert waren, in die SNB übernommen. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Methoden der Revolutionsgarde in den meisten Lagern weiter praktiziert wurden. Andererseits bemühten sich freilich auch einzelne SNB-Männer, wenn sie sich vor einer Denunzierung durch ihre Landsleute sicher fühlten, das Los der Häftlinge und Internierten zu erleichtern.<<

22.06.1945

Berlin: Am 4. Jahrestag des deutschen Überfalls enthüllen die Sowjets am 22. Juni 1945 in Frohnau ein Ehrenmal für Gefallene der Roten Armee.

WBZ: 80 deutsche Ingenieure und Techniker der Zeiss-Werke werden am 22. Juni 1945 nach Nordamerika deportiert (x111/40).

Konrad Adenauer kritisiert am 22. Juni 1945 die unmenschlichen Zustände in den nordamerikanischen Kriegsgefangenenlagern am Rhein (x131/217-218): >>Einige deutsche Kriegsgefangene werden in Lagern unter Bedingungen gehalten, die allen humanitären Prinzipien und eindeutig den Bestimmungen der Haager und Genfer Konvention widersprechen.

Den ganzen Rhein entlang, von Remagen-Sinzig bis nach Ludwigshafen, wurden die deutschen Kriegsgefangenen eingepfercht, hatten wochenlang keinerlei Schutz vor der Witterung, kein Trinkwasser, keine medizinische Versorgung und nur ein paar Scheiben Brot zu essen. Sie konnten sich nicht einmal auf den Erdboden legen. Vielen Hunderttausenden ging es so. ... Diese Menschen starben zu Tausenden. Sie standen Tag und Nacht bis zu den Knöcheln im nassen Schlamm!

Die Zustände sind in den letzten Wochen besser geworden. Natürlich ist die enorme Zahl der Gefangennahmen einer der Gründe für diese Zustände, aber es ist bemerkenswert, daß es meines Wissens doch viele Wochen dauerte, bis zumindest die schlimmsten Zustände etwas besser wurden. Der Eindruck, den die Veröffentlichung der Tatsachen über die Konzentrationslager auf die Deutschen gemacht hatte, wurde durch diese Tatsache gewaltig geschwächt.

Natürlich gab es keine tatsächlichen Grausamkeiten in den Kriegsgefangenenlagern, aber die Leute sagen "Jeder, der die Kriegsgefangenen so behandelt, ist nicht besser als die Nazis".

Ich weiß, daß die russischen Gefangenen im Winter 1941/42 sehr schlecht von den Deutschen behandelt wurden, und wir sollten uns dieser Tatsache schämen, aber ich denke, daß sie nicht in gleicher Weise verfahren sollten. Deutsche Gefangene aßen in den Lagern auch Gras und pflückten die Blätter von den Bäumen, weil sie Hunger hatten, genauso, wie es leider die

Russen taten. ...

Bitte erlauben Sie mir, offen zu sagen, in dringender Angelegenheit, ... die Alliierten haben dieselben Methoden wie leider auch die Deutschen benutzt. Es ist wahr, daß sie beim Gebrauch dieser Methoden nicht genauso weit gegangen sind, aber die Methoden sind dieselben.<<

Großbritannien: Der britische Außenminister warnt am 22. Juni 1945 vor überhasteten Umsiedlungen der Deutschen (x150/10): >>... Nach unserer Meinung müssen wir den Tschechen klarmachen, daß es Sache des Alliierten Kontrollrats in Deutschland sein wird, nachdem die prinzipiellen Hauptfragen von den Regierungen geklärt sind, darüber zu entscheiden, wann und in welchen Etappen deutsche Minderheiten von außerhalb der Grenzen Deutschlands in dieses Land hereingenommen werden können. ...

Es scheint uns, daß ein umfassender Meinungsaustausch mit den Amerikanern über die gesamte Frage der Umsiedlung von ethnischen Minderheitengruppen in Europa wünschenswert ist.<<

USA: Das US-Kriegsministerium berichtet am 22. Juni 1945, daß man rund 11.094.000 Soldaten und sonstige Angehörige der deutschen Wehrmacht in den Kriegsgefangenenlagern der Siegermächte interniert hat (x106/440).

23.06.1945

WBZ: Der österreichische Schriftsteller Isaac Deutscher (1907-1967) schreibt am 23. Juni 1945 über seine persönlichen Eindrücke in Bayern (x111/21): >>Wenn die Straßen Bayerns von dem sprechen könnten, was sie in den letzten Monaten und Wochen gesehen haben, dann würden sie eine Geschichte erzählen, die ebenso umfassend, einfach und bewegend wäre wie die Tolstois "Krieg und Frieden", furchtbarer als Dantes Inferno oder die Erscheinungen Edgar Allen Poes und gelegentlich so tragikomisch wie Haseks "Der brave Soldat Schwejk". ...<<

26.06.1945

Berlin: In Berlin erfolgt am 26. Juni 1945 die Gründung der Ost-CDU.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Opposition" in der SBZ (x009/316): >>Eine legale Opposition, die als Kontrollinstanz für die Regierungsgewalt ein Kernstück der westlichen Demokratie bildet, existiert in der SBZ wie auch in allen anderen kommunistischen Staaten nicht, obwohl die Verfassung der DDR ... verschiedenartige politische Parteien und Organisationen zuläßt.

Doch widerspricht das Vorhandensein einer legalen parlamentarischen Opposition dem Anspruch der bolschewistischen Partei auf alleinige Führung. Alle anderen Parteien wurden gezwungen, sich dem Führungsanspruch der SED zu unterwerfen (Diktatur des Proletariats) und unterstützen heute nicht nur die Regierungsbeschlüsse, sondern auch die Beschlüsse des ZK der SED.

Die 1961 neu gefaßte Ordnung der örtlichen Staatsorgane verpflichtet demgemäß ausdrücklich nicht nur die Staatsfunktionäre aller Ebenen, sondern auch sämtliche Volksvertretungen auf den Willen der SED. Bei Wahlen werden die Kandidaten aller Parteien in einer Einheitsliste der Nationalen Front aufgeführt, über die nur geschlossen abgestimmt werden darf. Aus dieser erzwungenen Einheit leitet das Regime das Recht ab, jede Opposition in der Bevölkerung gegen das System oder gegen Maßnahmen der Partei und Regierung für illegal und dem Willen der "Mehrheit des Volkes" zuwiderlaufend zu erklären und zu verfolgen. ...

Einer seit 1946 schwelenden innerparteilichen Opposition versuchte die SED-Führung durch wiederholte Säuberungen in der Mitgliedschaft und unter den Funktionären Herr zu werden.<<

Polen: Die polnische Regierung (Minister Ochab) erklärt am 26. Juni 1945, daß sich östlich der Oder-Neiße-Linie nur noch rund 2,5 Millionen Deutsche aufhalten, die ausgewiesen werden sollen (x111/40).

USA: In San Francisco unterzeichnen 50 Nationen am 26. Juni 1945 die Charta der Vereinten Nationen. Die Unterschrift der provisorischen polnischen Regierung wird von den Westmächten zunächst nicht anerkannt und muß am 15.10.1945 nachvollzogen werden (x040/289).



Abb. 70 (x297/203): Sonderbriefmarke mit dem Gebäude der UNO.

Die UN-Satzung beginnt mit folgenden Worten (x069/202): >>Wir, die Völker der Vereinten Nationen, sind entschlossen, die nachfolgenden Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, der zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Elend über die Menschen gebracht hat, und den Glauben an die fundamentalen Menschenrechte, an die Würde und den Wert der menschlichen Person und an die gleichen Rechte von Männern und Frauen und der großen wie der kleinen Völker erneut zu bekräftigen und Verhältnisse herzustellen, unter denen Gerechtigkeit und Achtung vor den Verpflichtungen aufrechterhalten werden können, die sich

aus den Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts ergeben.<<

Bei dieser Konferenz wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln Artikel 53 und Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen werden (x024/344).

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die Vereinten Nationen (x051/599-600): >>Vereinte Nationen, englisch United Nations (UN) oder United Nations Organization (UNO), Organisation fast aller Staaten der Erde mit Sitz in New York, gegründet am 26.6.45 durch die Unterzeichnung der - am 24.10.45 in Kraft getretenen - "Charta der Vereinten Nationen" durch 50 Staaten (alle Gegner des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg) zum Abschluß einer Konferenz in San Francisco (25.4.-26.6.).

Initiator der Gründung der Vereinten Nationen war US-Präsident Roosevelt; ihm wird auch die Prägung des Begriffs "Vereinte Nationen" zugeschrieben, der erstmals als Bezeichnung für die Gegner der Achsenmächte in der im Anschluß an die Atlantik-Charta abgegebenen "Erklärung der Vereinten Nationen" vom 1.1.42 auftauchte.

Die Charta nennt als Zweck der Vereinten Nationen die Sicherung des Friedens und der internationalen Sicherheit, die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern, ihre Zusammenarbeit bei der Lösung internationaler politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Probleme sowie die Förderung der Achtung der Menschenrechte. Grundsätze der Vereinten Nationen sind:

Gleichberechtigung aller Mitgliedsstaaten; ihre Verpflichtung, Streitigkeiten friedlich beizulegen, sich gegeneinander jeder Gewaltanwendung und -drohung zu enthalten und die Maßnahmen der Vereinten Nationen zu unterstützen; die Nichteinmischung der Vereinten Nationen in die inneren Angelegenheiten eines Staates; das Recht aller Staaten, die die Charta der Vereinten Nationen anerkennen, auf Aufnahme in die Organisation.

Die ursprünglich antideutsche Absicht der Vereinten Nationen, ausgedrückt in den sogenannten Feindstaatenklauseln, ist spätestens seit Aufnahme der Bundesrepublik und der DDR 1972 überwunden.<<

28.06.1945

Polen: In Warschau wird am 28. Juni 1945 die kommunistische Regierung der Nationalen Einheit gebildet.

Die Anerkennung der alleinigen polnischen Regierung durch die UdSSR und Frankreich erfolgt am 29.06.1945. Die USA und Großbritannien erkennen diese Regierung erst am 5. Juli 1945 an (x040/289).

UdSSR: Marschall Stalin ernennt sich am 28. Juni 1945 selbst zum Generalissimus.

29.06.1945

Berlin: Die 3 Siegermächte (USA, Großbritannien und UdSSR) beschließen am 29. Juni 1945 den Rückzug aller Truppen der westlichen Alliierten aus Mitteldeutschland (x040/289). Im Gegenzug erhalten die Nordamerikaner und Briten freien Zugang nach Berlin (mündliche Zusage) und marschieren vom 1. bis 4. Juli 1945 in die sog. "Berliner-Westsektoren" ein.

Im Verlauf der Konferenz vom 29. Juni 1945 geben die Vertreter des Alliierten Oberkommandos folgende Stellungnahmen über die Verkehrswege nach Berlin ab (x058/396-397):

>>... Der britische Vertreter: Eine lebhafte Auseinandersetzung gab es über die Verkehrswege von der englischen und amerikanischen Zone zu den entsprechenden Sektoren in Berlin. Von anglo-amerikanischer Seite wurde die absolute Notwendigkeit eines freien, ungehinderten Zugangs unterstrichen; daraufhin erklärten sich die Russen bereit, eine Straße und eine Eisenbahnlinie zuzuteilen, auf denen Engländer und Amerikaner das uneingeschränkte Verkehrsrecht haben sollten; die Verantwortung für die Instandhaltung und Kontrolle behielten dagegen die Russen. ...

Der sowjetische Vertreter: Es wird notwendig sein, daß die Fahrzeuge die russischen Verkehrszeichen beachten, den Anordnungen der Militärpolizei Folge leisten und sich einer Ausweiskontrolle unterziehen, jedoch keiner Prüfung der Ladung. ... Die Sowjets interessieren sich nicht dafür, was oder welche Menschen transportiert werden oder wie viele Lastkraftwagen unterwegs sind. ...

Der amerikanische Vertreter: Es ist aufschlußreich festzustellen, daß in allen diesen Dokumenten die gemeinsame Besetzung Berlins stand, daß aber in keinem der Zugang garantiert oder besondere Rechte zum Verkehr auf den Straßen, Schienen oder dem Luftweg festgelegt wurden. ...

Wir hatten unsere Absicht dargetan, in Berlin unter Benutzung von 3 Eisenbahnlinien, 2 Landstraßen und dem erforderlichen Luftraum einzuziehen. Schukow wollte nicht anerkennen, daß diese Routen notwendig seien. Er wies darauf hin, daß die Demobilisierung der sowjetischen Streitkräfte die verfügbaren Verkehrswege beanspruche. Ich entgegnete, daß wir ja nicht die ausschließliche Benutzung dieser Strecken verlangten, sondern nur den Mitgebrauch ... General Weeks unterstützte mich kräftig. ...

Wir hatten selbst schon gemerkt, daß das Transportproblem ein Engpaß bei der Truppenverlagerung war. Darum waren Weeks und ich damit einverstanden, vorläufig eine Fernverkehrsstraße, eine Eisenbahnstrecke und 2 Luftkorridore angewiesen zu bekommen; wir behielten uns vor, die Frage im Alliierten Kontrollrat wieder aufzurollen.

Da von diesem Treffen kein Protokoll aufgenommen wurde, diktierte ich abends meine Notizen. Darin stand: "Es wurde vereinbart, daß aller Verkehr – Luft, Straße, Schiene ... frei sein soll von Grenzkontrollen oder der Kontrolle durch Zollbeamte oder militärische Behörden."<<

UdSSR: Nach schwierigen sowjetisch-tschechoslowakischen Verhandlungen übernimmt die Sowjetunion am 29. Juni 1945 die Karpato-Ukraine.

30.06.1945

SBZ: Vor der Räumung bzw. Übergabe Mitteldeutschlands beschlagnahmten die Nordamerikaner am 30. Juni 1945 u.a. alle Konstruktionspläne der "Junkers-Flugzeugwerke" (Gernrode/Harz) und transportieren das Fachpersonal in den Westen (x111/42).

Juni 1945

Ostdeutschland: Tausende von Ostdeutschen, die etwa 100-200 km von der Oder und Neiße entfernt leben, werden Ende Juni 1945 ohne vorherige Ankündigung durch polnische Miliz in "wilden Ausweisungen" nach Westen getrieben (x039/228).

Der Woiwode (Chef der polnischen Verwaltung) in Schlesien ordnet im Juni 1945 die Entdeutschung der "wiedergewonnenen Gebiete" an (x294/97): >>... Bis zum 15. Juli 1945 (sind) sämtliche Spuren des Deutschtums in diesen Gebieten zu tilgen. Insbesondere sind deutsche Aufschriften an Häusern, Geschäften, Lokalen, deutscher Wegweiser, Luftschuttschilder sowie sämtliche von der Besatzungsmacht hinterlassenen Bekanntmachungen zu entfernen.<<

WBZ: Die US-Soldatenzeitung "Stars und Stripes" warnt im Juni 1945 nordamerikanische Soldaten vor "Nazi-Deutschland" (x114/2.94): >>... Die Amerikaner sind nicht nach Deutschland gekommen, um Kindermördern die Köpfe zu streicheln und SS-Verbrecher zu päppeln, die Amerikaner sind in dieses Land von Gangstern gekommen, um hier Ordnung zu schaffen und die Verbrecher der Justiz zu überantworten.<<

Eine US-Informationsschrift berichtet im Juni 1945 über "Deutschland heute" (x114/2.93): >>Nach sechs Jahren der Propaganda wirst du überrascht sein, wenn du zum erstenmal Deutsche siehst. Man hat so viel über sie gesprochen und gelesen, hat sie so sehr gehaßt, daß man geneigt ist zu glauben, sie seien anders als andere Menschen. Dies stimmt zwar, aber auf eine schwer erkennbare Weise.

So wie die deutschen Städte euch an Amerika erinnern mögen, so können euch auch die Men-

schen an Amerikaner denken lassen. Oberflächlich gesehen, können sich Deutsche und Amerikaner ähnlicher sehen, als etwa Franzosen oder Russen und Amerikaner.

Deutsche Tatkraft und deutscher Fleiß, deutscher Erfindergeist, deutsche Rohranlagen und Zentralheizungen ist für Deutschland typisch, aber Buchenwald war es auch. Deutsche Reinlichkeit ist typisch so sehr, daß man Seife aus menschlichen Körpern verfertigt hat. Deutsche Medizin ist so hoch entwickelt, daß sie Menschen als Experimentierobjekte zu verwenden lernte. Die Nazikunst schenkte der Welt Lampenschirme aus menschlicher Haut. So sind Amerikaner nicht!

Halte dein Mitleid zurück. Eine der wenigen Waffen, die den "kleinen" Deutschen geblieben ist, ist diejenige zu erreichen, daß sie uns leid tun. Da sind Kinder, die von einem Fuß auf den andern trippeln, wenn sie in der Kälte vor eurem Speisesaal herumstehen, zu höflich oder ängstlich, um zu betteln, aber in ihren Augen kann man den Hunger lesen. Da sind alte Männer und Frauen mit Handwägelchen, junge Mädchen in fadenscheinigen Kleidern. Das sind keine Nazis, wirst du sagen.

Es wird dir schwerfallen zu gestehen, daß diese Leute, so elend sie aussehen, viel besser dran sind als Tausende der Griechen, Polen und Holländer, die von ihnen versklavt worden sind. Diese "kleinen" Deutschen sind die gleichen Menschen, die sich Sklavenarbeit gefallen ließen und froh darüber waren. Noch leben viele Opfer der Nazi-Brutalität in Deutschland. Sprich mit einem Polen oder Franzosen oder Holländer, den man zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt hat, und er wird dir erzählen, wie ihn die "kleinen" Deutschen behandelt haben.

... Wir dürfen den Deutschen keineswegs glauben. Sie sind Meister in der Propaganda geworden. Nach 12 Jahren in Goebbels Lügenfabrik ist jeder Deutsche, dem du begegnest, ein Experte in all den Lügen, Halbwahrheiten und gemeinen Andeutungen, die er dir aufbindet, um dich alles glauben zu machen, was er will. Der Deutsche kennt seine Lügen auswendig. Seine Kanonen und seine Panzer kann man ihm wegnehmen, aber diese nicht. Die Denkfehler, die den Durchschnittsmenschen dazu geführt haben, die Heuchelei und Brutalität der Nazis anzunehmen, sind heute noch so stark wie vor der Niederlage. Dies ist eine der Waffen, die ihnen geblieben ist und gewissermaßen ist es auch die gefährlichste Waffe. ...

Vergiß nicht, Deutschland ist noch immer Feindesland.<<

USA: Infolge der Entscheidung der US-Regierung, die jüdischen Asylanten als Einwanderer anzuerkennen, veröffentlichen die Tageszeitungen im Sommer 1945 zahlreiche Leserbriefe, die sich mit der Eingliederung der jüdischen Flüchtlinge beschäftigen (x042/315): >>Ihr Versuch, diese Flüchtlingsbande aus dem Fort Oswego (US-Kleinstadt) in unser Land einbürgern zu lassen, ist bloß ein Fuß in der Tür, mit dem Sie den Weg für mehr von diesem "Abschaum" aus Europa freimachen wollen. Die Folge werden antijüdische Rassenunruhen sein.

Wir haben jetzt schon zuviel von diesem Gesindel hier. Ich frage mich, warum kein Land der Welt sie haben will? ...

Diese Horden Fluchtjuden ("refujews") hier im Land zu belassen ... war der Dreh, auf den Minister F. D. Rosenblatt es von Anfang an abgesehen hatte; zum Glück ist er gestorben, bevor sein schäbiger Plan von Ihnen und Ihresgleichen ausgeführt werden konnte. ... Wir sind nicht gewillt, tatenlos zuzusehen, wie man uns diese Bande von Schmarotzern hier aufhalst. Wir haben dafür gekämpft, Amerika den Amerikanern und unseren Kindern zu bewahren, und nicht für eine Horde Fluchtjuden.

Sie hergelaufener Drecksjude, was wollen Sie damit bezwecken, daß sie dieses Pack in unserem Land halten wollen. ...<<

01.07.1945

SBZ: Aufgrund der endgültigen Festlegung der Besatzungszonen räumen die nordamerikanischen und britischen Truppen vom 1. Juli bis zum 4. Juli 1945 sämtliche eroberten Gebiete in Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und das gesamte Land Thüringen (x111/41).

Der Weimarer Oberbürgermeister Fritz Behr begrüßt am 1. Juli 1945 die sowjetischen Truppen der Roten Armee (111/42): >>Wir empfangen die Soldaten der Roten Armee in Weimar, der Stadt Goethes und Schillers, voll Vertrauen und Hoffnung. ...<<

Der sowjetische Schriftsteller Alexander Solschenizyn (1918-2008) kritisiert später den völlig unerwarteten Rückzug der Nordamerikaner und Briten (x111/42): >>Wie konnten sie wegen des lächerlichen Kinderspiels um das vierzonale Berlin (ihre künftige Achillesferse zudem) die riesigen Gebiete von Sachsen und Thüringen hergeben? ...<<

Diese Aufteilung in Besatzungszonen und Abmachungen der Besatzungsmächte verhindern zunächst weitere größere Wanderungsbewegungen in den Westen.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Besatzungszonen" (x051/-73): >>Besatzungszonen, die nach der Kapitulation des Deutschen Reiches (8.5.45) aufgrund der Junideklaration vom 5.6.45 gebildet wurden vier, jeweils von den Truppen Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR und der USA besetzten Zonen.

Im Protokoll der Europäischen Beratenden Kommission (EAC) vom 12.9.44 waren noch drei Besatzungszonen vorgesehen, eine vierte, französische, wurde erst in Jalta (11.2.45) vereinbart. Endgültige Festlegung der Zonengrenzen im 3. Zonenprotokoll der EAC (26.7.45). Ihm zufolge umfaßte die sowjetische Besatzungszone die Länder Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, die amerikanische Bayern, Hessen, Württemberg-Baden und (als Exklave) Bremen, die britische Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, die französische Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern und Baden.

Formelle Aufhebung der Besatzungszonen mit der Gründung der BRD (September 49) und der DDR (Oktober 49). Ähnlich wie Deutschland wurde auch Österreich am 4.7.45 in vier Besatzungszonen aufgeteilt.<<

Die Nachkriegsziele der Siegermächte

Die Westmächte entschieden den Zweiten Weltkrieg zwar militärisch, aber bei den Konferenzen in Teheran und Jalta verloren sie schon vorzeitig den politischen Machtkampf gegen Stalin. Die Anglo-Amerikaner beendeten damals Hitlers großenwahnsinnige, menschenverachtende Expansionspolitik, aber gleichzeitig unterstützten sie auch indirekt Stalins Terrorregime und ermöglichten die Durchsetzung der maßlosen osteuropäischen Gebietsansprüche sowie die kommunistische Machtergreifung in den baltischen Staaten, der Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien und in Bulgarien.

Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht und Verhaftung der "Dönitz-Regierung" übernahm der Alliierte Kontrollrat (bestehend aus den Hauptsiegermächten bzw. den 4 Oberbefehlshabern der Besatzungszonen) die gesamte Regierungsgewalt im Deutschen Reich, so daß alle deutschen Staatsbürger zu Subjekten der Besatzungsmächte wurden.

Das Deutsche Reich sollte ursprünglich nicht langfristig aufgeteilt oder vollständig besetzt werden, sondern die Deutschen sollten lediglich bedingungslos kapitulieren.

Gemäß den Vereinbarungen der Atlantik-Charta wollte man nach dem Kriegsende eigentlich wieder einen "Status quo ante" (den Zustand, wie er vorher war) herstellen, denn die westlichen Alliierten hatten den Krieg nicht zu Eroberungszwecken, sondern nur zur Verteidigung geführt.

Angeichts der grauenhaften Verhältnisse, die man in den befreiten NS-Vernichtungs- und Konzentrationslagern erlebt hatte, reagierten vor allem die westlichen Siegermächte und die Weltöffentlichkeit schockiert und entrüstet, so daß die Deutschen zunächst keine Gnade erwarten konnten.

In der berühmten Direktive JCS 1067 der US-Militärregierung, die bis Mitte 1947 die Basis der US-Besatzungspolitik bildete, hieß es damals z.B., daß Deutschland nicht zum Zwecke der Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat besetzt werden sollte. Die nordamerikanischen

Befehlshaber hätten nur einzugreifen, wenn Hungersnöte, Seuchen oder Revolten die Besatzungstruppen direkt gefährdeten. Kontakte mit deutschen Zivilisten und deutschen Beschäftigten sollten auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Die Nordamerikaner verlangten keine Gebiete und verzichteten zunächst auf materielle Entschädigungen.

In erster Linie sollten alle schuldigen Deutschen für die NS-Massenverbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. Nach der Entnazifizierung plante man, in Deutschland eine liberale Demokratie und privatkapitalistische Wirtschaftsformen zu errichten.

Die Briten wollten den wirtschaftlichen Machtfaktor Deutschland zwar ausschalten, aber Churchill war frühzeitig daran interessiert, die Deutschen wieder "auf die eigenen Füße" zu stellen, um die sowjetische Expansionsgefahr einzudämmen. Im Juli 1945 wurde die britische Außen- bzw. Deutschlandpolitik jedoch durch einen Regierungswechsel regelrecht gelähmt, weil die unerfahrenen Außenpolitiker der siegreichen Labour-Party den erfahrenen Churchill nicht ersetzen konnten. Die Briten unterstützten später vor allem die nordamerikanische Zentralisierungspolitik, da sie finanzielle US-Hilfen für die britische Besatzungszone benötigten (x148/14).

Die Franzosen forderten hartnäckig die Aufteilung des Deutschen Reiches, annektierten später das Saarland, schlugen die Bildung eines autonomen Rheinstaates (Ruhrgebiet) vor und widersetzten sich energisch allen Versuchen, die westdeutschen Zonen zu vereinigen, weil sie das Deutsche Reich langfristig schwächen wollten.

Stalin hatte die Prinzipien der Atlantik-Charta ("Verteidigung des Weltfriedens und der Freiheit") ebenfalls formell akzeptiert. Diese Zusage hinderte den sowjetischen Diktator in den letzten Kriegsjahren jedoch nicht, die anglo-amerikanischen Verbündeten unentwegt zu hintergehen und schließlich vor vollendete Tatsachen zu stellen. Stalin, der bis zur deutschen Kapitulation fast alle angestrebten Expansionsziele verwirklicht hatte, war nicht bereit, besetzte Gebiete preiszugeben. Die argwöhnischen Stalinisten unterstellten den Kapitalisten naturgemäß Weltherrschaftspläne und setzten in den "befreiten Ländern" ihre bewährte gewaltsame Unterdrückungspolitik und aggressive Gleichschaltungsmaßnahmen durch.

Churchill warnte die Nordamerikaner zwar eindringlich davor, die besetzten mitteldeutschen Gebiete an die Sowjets abzutreten, aber US-Präsident Truman ließ die nordamerikanischen und britischen Truppen trotzdem aus Mitteldeutschland abziehen, weil er die vertraglichen Vereinbarungen unter allen Umständen erfüllen wollte.

Die 3 Siegermächte (USA, Großbritannien und UdSSR) beschlossen am 29. Juni 1945 den Rückzug aller Truppen der westlichen Alliierten aus Mitteldeutschland (x040/289). Im Gegenzug erhielten die Amerikaner und Briten freien Zugang nach Berlin (mündliche Zusage) und marschierten vom 1. bis zum 4. Juli 1945 in die sog. "Berliner-Westsektoren" ein.

Teile der mitteldeutschen Gebiete (ca. 7,0 Millionen Einwohner) wurden bereits seit dem 21. Juni 1945 von der sowjetischen Militäradministration (SMAD) verwaltet. Während die Berliner in den Westsektoren aufatmen konnten, begann nach dem Einzug der Roten Armee für die Mitteldeutschen ein endloser Leidensweg. Nach der Besetzung Mitteldeutschlands führte die Sowjetunion umgehend rücksichtslos den sog. marxistisch-leninistischen Sozialismus ("Diktatur der Arbeiter und Bauern") ein.

Mit der Auslieferung Mitteldeutschlands gab US-Präsident Truman vor den Potsdamer Verhandlungen eine äußerst wichtige Trumpfkarte aus der Hand, obgleich die westlichen Alliierten völlig unbedrängt waren (x114/2.102). Für Stalin, der bisher fast alle Zusagen mißachtet hatte, kam der freiwillige Abzug der Amerikaner und Briten jedenfalls völlig überraschend, denn die Sowjets waren damals überhaupt nicht in der Lage, militärische oder politische Druckmittel einzusetzen.

Nach dem Rückzug der westlichen Alliierten besaßen die Sowjets nicht nur Ostdeutschland, sondern sie kontrollierten auch alle mitteldeutschen Gebiete und standen sprunghoch an der

Elbe. Infolge der Zerschlagung des Deutschen Reiches fehlte eine westeuropäische Pufferzone gegenüber der UdSSR, denn Polen konnte die ursprünglich geplante Nachfolge der Deutschen nicht übernehmen. Ein bis dahin unvorstellbarer europäischer Alptraum war plötzlich Wirklichkeit geworden.

Sir Brian Robertson (1896-1974, Militärgouverneur der britischen Besatzungszone und Hoher Kommissar in der Bundesrepublik) kritisiert später die nordamerikanische Außenpolitik (x128/193): >>... Von allen falschen Vorstellungen hatten die, denen sich Präsident Roosevelt hingab, die schwerwiegendsten Folgen, denn sie beherrschten das amerikanische Denken und Handeln in den ersten 2 sehr wichtigen Jahren nach dem deutschen Zusammenbruch. ... Präsident Roosevelts "Großer Plan" für den künftigen Frieden der Welt beruhte auf einer die Vereinten Nationen beherrschenden russisch-amerikanischen Partnerschaft. ...

Hand in Hand mit dieser Konzeption ging eine harte Deutschlandpolitik. Die grausame Unmenschlichkeit des Morgenthau-Plans, Deutschland seine gesamte Industrie zu nehmen, ging Roosevelt zu weit, aber der Plan wurde eigentlich nur aufgeschoben und nicht fallengelassen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Auslieferung Mitteldeutschlands an die Sowjets (x068/283-287): >>... "Im Herzen Europas", jammerte Churchill. Aber schließlich hatten die Amerikaner den Sowjets 1945 noch Gebiete überlassen, die sie selber schon besaßen, große Gebiete und ganz kleine Plätze, wie im Harz, als sie allzu generös die Voraussetzungen dafür schufen, daß die Russen mit dem Sputnikstart die technische Führung der USA in Frage stellten, überrundeten.

Damals hatten Teile der 3. US-Panzerdivision am 11. April 1945 bei Nordhausen die "Mittelwerke" erreicht, das Herz der deutschen V2-Fabrikation. Sie fanden nicht nur riesige Raketen, die deutsche "Wunderwaffe", abschußbereit vor, sondern auch sonst alles unversehrt in gigantischen, peinlich sauberen Anlagen der größten unterirdischen deutschen Waffenfabrik.

In einem ersten Sonderbefehl zwar sollte dies offenbar viele Milliarden Dollar schwere Beutegut natürlich sichergestellt werden. Doch ein zweiter, von einer "sehr hohen Dienststelle" ausgehender Befehl instruierte den technischen Experten Major Hamille, "daß Nordhausen zur russischen Zone gehören würde und daß alle Dokumente und Gegenstände für die Sowjets an Ort und Stelle gelassen werden sollten".

In einem weiteren Befehl verfügte der Oberkommandierende Eisenhower: "Alle Fabriken, Anlagen, Werkhallen, Forschungsinstitute, Laboratorien, Versuchsanstalten, Patente, Pläne, Zeichnungen und Erfindungen müssen intakt und in gutem Zustand für die alliierten Vertreter zur Verfügung gehalten werden".

Einiges requirierte Major Hamille nun zwar auf eigene Faust. Doch staunten die Russen Stein und Bein über die Großzügigkeit ihrer Verbündeten, als sie das Erbe von Nordhausen unversehrt antraten. Ein Sowjetoberst lachte schließlich laut und meinte: "Das alles haben uns die Amerikaner geschenkt! Aber in zehn Jahren werden sie weinen!" Und der Oberstleutnant Taranakov rief: "Was für Idioten diese Amerikaner sind!"

Die Amerikaner hielten damals ihre Heere von Berlin ab, von Prag, von Wien, um den Russen den Vortritt zu lassen. Sie wichen 250 Kilometer auf einer Breite von 650 Kilometern zurück. Und so saßen die Sowjets zuletzt von Bulgarien und Rumänien über Ungarn, die Tschechoslowakei, Polen bis hinauf ins Baltikum. Natürlich hatte Stalin dort überall Regierungen nach seinem Gutdünken eingesetzt und ohne Amerika zu fragen - das sich im Übrigen im Westen nicht anders verhielt und, wo immer es Macht hatte, nur Regierungen seines Vertrauens zuließ. Doch waren all die von den Russen kontrollierten Länder nicht vielmehr Schutzwall für sie als Aufmarschbasis?

Die Russen haben nie einen Ausfall gemacht. Und ein russisches Geheimdokument, das dem englischen Intelligence Service im Herbst 1947, ein halbes Jahr also etwa nach der Truman-

Rede vom 6. März in Texas, in die Hände fiel, nannte als das "wichtigste Aktionsfeld der russischen Politik" den Vorderen Orient. Man erkannte die Ölfelder in Persien, Arabien, im Irak als Schwachstelle der USA und wollte hier den Kalten Krieg aufnehmen.

Gewiß verweigerten die USA nun schon eine von den Sowjets angestrebte Anleihe von mindestens 10 Milliarden Dollar, hatten zunächst aber weder etwas gegen die Demontage deutscher Industrieanlagen noch gegen den völkerrechtswidrigen Einsatz deutscher Kriegsgefangener in der UdSSR, noch gegen eine Entschädigung Polens für die Abtretung Ostpolens an die Sowjetunion, noch gegen die Austreibung von immerhin 6,5 Millionen Deutschen aus Osteuropa, erfolge sie nur "in ordnungsgemäßer und humaner Weise".

In Kürze freilich waren nicht mehr die Braunen die Bösen, sondern die Roten. Dabei wußte die amerikanische Führung aber immer, daß die Sowjetrussen keinen Krieg mit ihr wollten. Nie sah sie sich in all diesen Jahren auch nur irgendwie ernsthaft bedroht. Nicht als ihr Generalstab, bereits im Frühjahr 1944, den Dritten Weltkrieg erwog, einen Kampf auf Leben und Tod "zwischen Gut und Böse". Nicht 1945, als sie, im Alleinbesitz der Atombombe, diesen weiteren Weltkrieg schon vorbereitet hat. Nicht in den folgenden Jahren. Im Gegenteil. Man gab durchaus zu, daß die UdSSR "keine unmittelbare Gefahr" bedeute, daß ihre Wirtschaft, ihr Arbeitskräftepotential, "vom Krieg ausgelaugt" sei, weshalb sie sich "in den nächsten Jahren auf den inneren Wiederaufbau und begrenzte diplomatische Zielsetzungen konzentrieren" werde.

Amerikanische Regierungsdokumente bekunden solche Überzeugungen und die Memoiren bekannter Politiker. Wie Churchill 1946 sagte: "Ich glaube nicht, daß Sowjetrußland den Krieg wünscht", so telegraphierte im selben Jahr einer der besten amerikanischen Diplomaten, der Historiker George F. Kennan, aus Moskau (wo er ab 1952 Botschafter war), die Sowjetmacht gehe, im Gegensatz zu Hitlerdeutschland, "keine unnötigen Risiken" ein; sie sei nicht "auf Abenteuer" aus und "gemessen an der westlichen Welt insgesamt ... bei weitem schwächer".

Noch 1949, als die Amerikaner bereits 400 Flotten- und Luftstützpunkte in aller Welt errichtet hatten und die Vereinigten Stabschefs in ihrem Kriegsplan "Dropshot" vom 19. Dezember schon damit rechneten oder wenigstens vorgaben, damit zu rechnen, daß im "Laufe der Zeit" das steigende Militärpotential der Sowjets "den Krieg von ihrem Standpunkt aus als weniger gewagt erscheinen lasse", meinten sie: "Ein dritter Weltkrieg wird vom Kreml wahrscheinlich als die aufwendigste und am wenigsten wünschbare Methode zur Erreichung des grundlegenden Ziels angesehen".

Viele erkannten dies, aber wollten oder konnten, durften es nicht sagen, je höher sie standen, desto weniger. Und doch hatte 1947 Handelsminister Henry A. Wallace, von 1941 bis 1945 Vizepräsident der Vereinigten Staaten, den Mut, den antisowjetischen Kurs zu kritisieren, hatte er die Redlichkeit zu bekennen: "Für mich liegt die Kriegsgefahr viel weniger im Kommunismus als im Imperialismus". Ein einziger Entrüstungsturm fegte ihn beiseite. (Ehrlichkeit zahlt sich in der Politik nur in jenen seltenen Fällen aus, wo sich Unehrllichkeit nicht auszahlen würde.)

Die Zeitschrift Newsweek schrieb 1948, es sei das Ziel der amerikanischen Strategen, "den Ring der Luftstützpunkte um Rußland zu schließen und ihn dabei so lange immer kleiner und enger zu machen, bis die Russen ersticken". Doch die US-Nachkriegspolitik hat immer und unentwegt die Russen der Aggressivität beschuldigt und sich als "defensiv" bezeichnet. In Wirklichkeit war es (aus vielen Gründen) eher umgekehrt.

Ein erst Jahre später, 1964, bekannt gewordenes Dokument ist hier erhellend. Im Januar 1950 nämlich beauftragte Präsident Truman den Außen- und Verteidigungsminister, "eine erneute Überprüfung unserer Ziele in Frieden und Krieg und der Auswirkung dieser Ziele auf unsere strategischen Pläne vorzunehmen ..." Das Ergebnis dieser Zwischenbilanz verschiedener Stel-

lungnahmen, enthalten in der Dokumentenreihe Nr. 68 des Nationalen Sicherheitsrates (National Security Council 68 Series: NSC-68) - nach Außenminister Dean Acheson "eines der großen Dokumente in unserer Geschichte" -, prägte maßgeblich den Kalten Krieg.

Es weist einmal mehr die USA als seine Initiatoren aus und macht sie verantwortlich für die Geschichte der fünfziger Jahre. Fordert es doch gegenüber der Sowjetunion weiterhin "kühne Angriffsfreudigkeit" (bold aggressiveness) - übrigens zwei Monate vor Beginn des Korea-Kriegs. Ja, das NSC 68 fordert nicht nur "kühne Angriffsfreudigkeit", sondern erkennt auch die militärische Überlegenheit der Russen in sämtlichen Waffen, außer Atomwaffen, an.

Warum aber, wenn sie aggressiv waren, nützten das die Russen nicht aus? Wegen der atomaren Überlegenheit der Amerikaner? Doch die Amerikaner besaßen nach dem Krieg gar keine Atombomben mehr, wenn auch offizielle Persönlichkeiten mit "Dutzenden und Dutzenden" von solchen Bomben Rußland und die Welt blufften, so daß nicht wenige Nationen angesichts dieser Macht und der Legende von der "russischen Gefahr" das atlantische Bündnis mit den USA eingingen. Dabei pffifen es dort bald die Spatzen von den Dächern, und natürlich wußten dies auch die Russen:

Amerika hatte nur drei Atombomben besessen, zwei wurden über Japan abgeworfen, das größte Kriegsverbrechen der bisherigen Geschichte, die dritte verschwand spurlos mit einem Kriegsschiff auf der Fahrt nach der Insel Tinian (an Westrand des Marianengrabens) im Pazifik. Erst im Lauf des Jahres 1948 kamen die Amerikaner in den Besitz weiterer Nuklearwaffen.

Doch zu ihrer Bestürzung zündeten die Russen 1949, fünf Monate nach Gründung der NATO, ebenfalls eine (selbst von US-Experten noch nicht erwartete) Atombombe, worauf ein gesteigertes Wettrüsten begann, das der Korea-Krieg noch angefacht hat.<<

Der jugoslawische General Milovan Djilas kommentierte bereits im April 1945 Stalins Nachkriegsziele wie folgt (x149/114): >>... Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit; wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, soweit seine Armee vordringen kann. Es kann gar nicht anders sein.<<

Andrej A. Shdanow (1896-1948, sowjetischer Spitzenfunktionär), der ursprünglich Stalins Nachfolger werden sollte, betrachtet die sowjetische Besatzungszone damals als ein "Sprungbrett", um die Bolschewisierung Westdeutschlands und danach Westeuropas zu realisieren (x128/195).

Der deutsche Journalist Michael Klonovsky und der deutsche Historiker Jan von Flocken berichten später in ihrem Buch "Stalins Lager in Deutschland 1945-1950" über "die Austreibung des Faschismus mit dem Stalinismus" (x126/11-15): >>Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde im Osten Deutschlands der Teufel mit Beelzebub ausgetrieben.

Besiegt und zerstört, ausgeblutet und blutbesudelt, moralisch auf unabsehbare Zeit diskreditiert und auf Gnade und Ungnade den Siegern ausgeliefert – das war die Lage des Deutschen Reiches im Frühling des Jahres 1945. Aufgebrochen, um die Welt zu beherrschen, war es nun selbst ein beherrschtes Land, ein Fremdkörper in der europäischen Zivilisation, der fortan unter strenger Kontrolle gehalten werden mußte.

Nach der totalen militärischen Niederlage lag das Geschick des Landes ausschließlich in den Händen der Alliierten. Die Greuelthaten des Nationalsozialismus hatten den Abscheu der gesamten zivilisierten Welt auf Deutschland gerichtet. Die an der Zerschlagung des Hitlerregimes beteiligten Staaten konnten somit von vornherein den Befreierstatus für sich in Anspruch nehmen. Sämtliche Maßnahmen der Besatzungsmächte waren legitimiert, sofern sie nur unter dem Vorzeichen des Antifaschismus standen.

Auch der Stalinschen Sowjetunion fiel infolge ihrer antifaschistischen Orientierung automatisch eine historisch progressive Rolle zu. Dieses verhängnisvolle Zusammenfallen von Anti-

faschismus und Stalinismus wurde der entscheidende Faktor bei der Installierung eines neuen Unrechtssystems im Ostteil Deutschlands. Während sich in den westlichen Besatzungsmächten nach Kriegsende allmählich demokratische Verhältnisse durchzusetzen begannen, geriet der Osten in das importierte Räderwerk einer quasikommunistischen Diktatur. Von einer selbständigen oder gar demokratischen Entwicklung konnte keine Rede sein.

Was zwischen 1945 und 1949 wirklich stattfand, war die Annexion Ostdeutschlands mit dem Ziel, den sowjetkommunistischen Machtbereich bis an die Elbe auszudehnen und die eroberten deutschen Gebiete entweder zu "slawisieren" (Schlesien, Pommern, Posen, Ostpreußen) oder zu kolonisieren (Mitteldeutschland). Bei dieser Eroberung Ostdeutschlands durch die Stalinsche UdSSR und die von dort zurückkehrenden domestizierten deutschen Exilkommunisten diente der Antifaschismus als Vorwand für eine Welle politischer Repressionen.

Unter dem Deckmantel der "antifaschistisch-demokratischen Umwälzung" wurde dem Land ein Regime oktroyiert, welches zwar durchaus antifaschistisch, nichtsdestoweniger aber ein undemokratisches Regime war.

Um diese gewaltsame "Revolution von oben" als historisch notwendig zu begründen, verbreiteten die neuen Machthaber die These, der Faschismus sei ein gesetzmäßiges Resultat der kapitalistischen Entwicklung, der Parlamentarismus habe versagt, und jeder bürgerliche Staat trage den Keim einer neuerlichen faschistischen Variante gleichsam in sich. Demgegenüber verkörpere der Sozialismus, wie sich der Stalinismus nannte, eine höhere Stufe der Menschheitsentwicklung und die einzige Alternative zu einem Rückfall in die faschistische Barbarei.

Nach dem Schrecken des Krieges waren viele Menschen geneigt, solchen Darstellungen Glauben zu schenken. Doch im Ostteil Deutschlands sollten sie schnell am eigenen Leibe spüren, mit welcher Rigorosität und Menschenverachtung die "Sieger der Geschichte" ihre Herrschaftsansprüche durchzusetzen gedachten. Noch vor der ideologischen Rechtfertigung hatte bereits deren praktische Realisierung begonnen.

Millionen Deutsche wurden – mit Billigung der Westalliierten – aus ihren angestammten Heimatgebieten westlich der Oder vertrieben. In der sowjetischen Besatzungszone, die sich selbst gern als demokratischer Teil Deutschlands titulierte, erstickten die Eroberer Hand in Hand mit den deutschen Kommunisten aller ihrer Gleichschaltungspolitik zuwiderlaufenden Bestrebungen im Keime. Eine Hauptrolle in diesem Prozeß spielten die Internierungspraktiken des sowjetischen Geheimdienstes NKWD/MWD.

Als Resultat des Zweiten Weltkrieges war ganz Osteuropa unter die Herrschaft des Stalinschen Machapparates geraten. Der Stalinismus hatte sich somit von einer spezifisch russischen zu einer internationalen Erscheinung ausgeweitet, die sich unabhängig von nationalen Besonderheiten quer durch alle Staaten Osteuropas zog. Die anfängliche Freude dieser Völker über die Befreiung vom Hitlerjoch währte nur kurz. Stalins Repressionsapparat folgte der Roten Armee auf dem Fuße. In den besetzten Ländern wurden moskauhörige Satellitendiktaturen installiert.

Den eroberten Gebieten auf dem Territorium des ehemaligen Deutschen Reiches widmeten die Sowjets besonderes Augenmerk. ...

... Es wäre verfehlt, in der sowjetischen Besatzungspolitik lediglich eine Reaktion auf die deutschen Kriegsverbrechen in der UdSSR zu sehen. Im Mittelpunkt dieser Politik stand vielmehr die Herrschaftssicherung in einem okkupierten Gebiet, was sich mit wachsender zeitlicher Distanz immer deutlicher zeigte.

So schloß die Verfolgung ehemaliger Nazis zugleich die Verfolgung von mutmaßlichen oder tatsächlichen Gegnern der kommunistischen Umwälzung ein. Typisch für diese Parallelität war die Instrumentalisierung des Antifaschismus gegen Nichtfaschisten. Da sich nach 1945 Menschen am besten diskreditieren ließen, indem man Nazis aus ihnen machte, wurden Tausende Gegner der stalinistischen Neuordnung zu Hitleranhängern erklärt und verschleppt.

Dieser Aspekt spielte auch bei den sowjetischen Internierungspraktiken in Deutschland eine zentrale Rolle. Alle politisch motivierten Säuberungen geschahen unter dem Deckmantel der Entnazifizierung.

Die Errichtung der NKWD/MWD-Lager läßt sich also keinesfalls nur auf die Existenz der Nazi-Konzentrationslager zurückführen. Vielmehr war mit der Roten Armee auch das Stalin-sche Lagersystem nach Deutschland gelangt. Die sibirischen GULAGs, in denen der Sowjetdiktator ganze Bevölkerungsgruppen verschwinden ließ, existierten bereits zu einer Zeit, als an die Machtergreifung Hitlers noch gar nicht zu denken war.

Nichtsdestoweniger war die Internierung zunächst tatsächlich ein Mittel der Entnazifizierung das alliierten Regelungen entsprach. In einer nach der deutschen Kapitulation von Präsident Roosevelt erlassenen Weisung an den Oberkommandierenden der US-Streitkräfte in Deutschland heißt es unter anderem:

"Personen werden mehr als nominelle Parteimitglieder ... betrachtet, wenn sie ein Amt oder irgendeine Aktivität auf irgendeiner Ebene ausgeübt haben. Alle Personen ... werden ... verhaftet und bis zu einem Gerichtsverfahren vor einem entsprechenden, von Ihnen zu errichtenden halbjuristischen Forum in Haft gehalten."

Ähnliches besagt das am 1. August 1945 unterzeichnete Protokoll der Berliner Dreimächte-Konferenz, wo unter Punkt 5 des Abschnitts über politische Grundsätze für die Behandlung Deutschlands folgendes festgelegt wird:

"Kriegsverbrecher und alle diejenigen, die an der Planung und Verwirklichung nazistischer Maßnahmen, die Greuelthaten oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder als Ergebnis hatten, teilgenommen haben, sind zu verhaften und dem Gericht zu übergeben. Nazistische Parteiführer, einflußreiche Nazianhänger und Leiter der nazistischen Ämter und Organisationen, die für ihre Besetzung und Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren."

Auch in den Westzonen wurden Internierungslager in Betrieb genommen. Formell entsprachen sowohl die Lager im Osten als auch die im Westen der Direktive Nr. 38 des Alliierten Kontrollrats vom 12. Oktober 1946 über die "Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen und Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen".

An der Interpretation freilich schieden sich die Geister. Da die neuen Machthaber in der Sowjetischen Besatzungszone die selbsternannten "eigentlichen" Antifaschisten waren, galt quasi jeder ihrer Gegner als potentieller Faschist. Interniert wurden keineswegs nur Anhänger und Kriegsverbrecher. ...<<

Berlin: Die Sowjets transportieren vom 2. Mai bis zum 1. Juli 1945 rund 85 % aller unbeschädigten Fabrikeinrichtungen aus dem nordamerikanischen Sektor Berlins und 23.647 Maschinen aus dem britischen Sektor Berlins in die Sowjetunion (x111/42).

WBZ: Bischof Clemens August Graf von Galen (1878-1946, im Dezember 1945 vom Papst zum Kardinal ernannt, Beiname: "Löwe von Münster") erklärt am 1. Juli 1945 vor katholischen Pilgern (x268/44-45): >>... Es ist eine Verleugnung der Gerechtigkeit und der Liebe, wenn man uns alle, jeden deutschen Menschen, für mitschuldig an jenen Verbrechen und darum für strafwürdig erklärt.

Die unvermeidlichen Kriegsfolgen, das Leid um unsere Toten, um unsere zerstörten Städte, Wohnungen und Kirchen wollen wir annehmen und mit Gottes Hilfe geduldig tragen. Nicht aber ungerechte Beschuldigung und Bestrafung für Geschehnisse, unter deren Willkür, Ungerechtigkeit und Grausamkeit wir selbst durch lange Jahre geseufzt und schwer gelitten haben.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 11.06.2005) über den deutschen Bischof Clemens August Graf von Galen (x887/...): >>"Es ist Verleugnung der Gerechtigkeit und der Liebe"

Vehement wandte sich der "Löwe von Münster" gegen die Kollektivschuldthese

Wenn man heute es so darstellt, als ob das ganze deutsche Volk und jeder von uns sich schuldig gemacht habe durch die Greuelthaten, die von Mitgliedern unseres Volkes im Kriege begangen sind, dann ist das ungerecht. Wenn man sagt, das ganze deutsche Volk und jeder von uns sei mitschuldig an den Verbrechen, die in fremden Ländern und im deutschen Land, die vor allem in den Konzentrationslagern begangen sind, so ist das gegen viele von uns eine unwahre und ungerechte Beschuldigung ...

Es ist Verleugnung der Gerechtigkeit und der Liebe, wenn man uns alle, jeden deutschen Menschen, für mitschuldig an jenen Verbrechen und darum für strafwürdig erklärt ... Drum fort mit der unwahren Beschuldigung, die behauptet, alle Deutschen seien mitschuldig an den Schandtaten, die im Kriege geschehen sind, seien mitverantwortlich für die Greuelthaten in den Konzentrationslagern!"

Solche Worte, heute gesprochen, würden dem Verfasser den Ruf eintragen, er gehöre in die rechte Ecke und damit zu den Unanständigen. Dabei steht der Kardinal Clemens August Graf von Galen heute in hohem Ansehen - weniger wegen der Ansichten, die er am 1. Juli 1945 in Telgte vertreten hat und nicht nur hier, sondern in den darauf folgenden Monaten immer wieder, als wegen seines in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland mit Nachdruck in aller Öffentlichkeit erhobenen Protestes gegen Maßnahmen der damaligen Staatsführung.

Daß er genau so mannhaft und ohne Rücksicht auf sein persönliches Schicksal Ungerechtigkeiten, Grausamkeiten, Verbrechen der Sieger angeprangert hat, das ist heute weithin unbekannt. Und gerade im Zusammenhang mit den von offiziellen Stellen anlässlich des 60. Jahrestages der Kapitulation der deutschen Wehrmacht veranstalteten Jubelfeiern tut es gut, daran zu erinnern, wie eine charakterstarke, fest im Glauben verwurzelte Persönlichkeit die Lage im damaligen Deutschland einschätzte.

Vor der deutschen Niederlage erhob der damalige Bischof von Münster seine Stimme gegen die "Anbetung der Rasse", wie er sie im Nationalsozialismus erlebte. 1934 schrieb er das Vorwort zu einem Buch zweier katholischer Theologieprofessoren, in dem sie gegen den von Reichsminister Alfred Rosenberg verfaßten "Mythos des 20. Jahrhunderts" zu Felde zogen. Als 1941 die Gestapo zahlreiche Gebäude katholischer Orden ohne Rechtsgrundlage beschlagnahmte, predigte er gegen solche Willkürmaßnahmen. Telegrafisch beschwerte er sich beim preußischen Ministerpräsidenten Göring und prangerte gegenüber dem Reichsinnenminister Frick den Rechtsbruch an.

Als immer häufiger Gerüchte in die Öffentlichkeit drangen, daß Insassen von Heilstätten, die als unheilbar galten, auf Anordnung staatlicher Stellen als lebensunwert getötet wurden, da erstattete er im August 1941 bei der Staatsanwaltschaft beim Landgericht in Münster Anzeige wegen Mordes und protestierte in Predigten unverblümt gegen die Tötungen. Tatsächlich wurde die Euthanasieaktion daraufhin eingestellt.

Zwar lehnte der Bischof die Ideologie des Nationalsozialismus ab - weil dazu die Verfolgung der Kirche und die Rechtlosigkeit gehörte, vor allem aber, weil sie den Menschen zum Maß aller Dinge machte -, doch bedeutete das nicht, daß er den Sieg der Alliierten über Deutschland herbeigesehnt hätte.

Nachdem Ende März 1945 britische Truppen den kleinen Ort in der Nähe von Münster besetzt hatten, in dem er leben mußte, weil ihm das durch britische Bomben zerstörte Münster keine Unterkunft mehr bieten konnte, drückte er durch eine öffentliche Erklärung sein Empfinden aus. Die Besetzung sei für ihn, "wie für jeden Deutschen, ein erschütterndes Erlebnis gewesen". "Unsere Herzen bluten bei der Not unseres Volkes."

Am 6. April 1945 interviewte ihn ein amerikanischer Journalist namens Hans Fleischer und faßte das Gespräch in einem Artikel zusammen: "Der Prälat, der Hitler kritisierte, betrachtet

die Alliierten als Feinde." Er habe gesagt: "Ich bin und bleibe Deutscher ... Der Bischof machte klar, daß, obwohl er und andere gebildete Deutsche Antinazis sein könnten, sie trotzdem treu gesinnt sein müßten gegenüber dem Vaterland und sie daher die Alliierten als Feinde betrachten müßten."

Daraufhin kritisierte ihn der im US-amerikanischen Exil lebende Thomas Mann als "unbelehrbaren Geistlichen", die in New York erscheinende Emigrantenzeitschrift Aufbau bezeichnete ihn als "antihitlerischen Hitlerianer", was einige US-Besatzungsoffiziere dazu veranlaßte, Galen zu besuchen und ihm nahezu legen, Thomas Mann, "der all die Jahre weit vom Schuß seines Daseins sich habe freuen können, die passende Antwort zu geben." (Portmann, "Kardinal v. Galen").

Als die Plünderungen durch marodierende Fremdarbeiterbanden immer mehr zunehmen, mahnt von Galen den Chef der Militärregierung in Westfalen, daß die Sieger mit der Macht auch die Pflicht übernommen hätten, für die öffentliche Ordnung zu sorgen sowie Leben und Eigentum vor unnötiger Gewalttat, Zerstörung und Plünderung zu schützen. Er verlangt, die britische Besatzungsmacht solle nicht länger die Vergewaltigungen und Plünderungen der Fremdarbeiter dulden, und er kritisiert, daß auch amerikanische Soldaten "aus Übermut" plündern.

Einen Monat später schreibt er an den britischen Kommandanten: "Der Befehl Generals Eisenhower, sich der Gewalttaten und Plünderungen zu enthalten, wird vielfach nicht beachtet. Fast täglich kommen an mich bittere Klagen aus verschiedenen Teilen des Bistums Münster über neue Gewalttaten, Morde, Ausschreitungen der freigelassenen Kriegsgefangenen und der Fremdarbeiter."

Am 1. Juli 1945 predigt der Bischof bei der Wallfahrt der Katholiken von Münster nach Telgte. Dabei beläßt er es nicht bei geistlichen Ermahnungen, sondern er beschäftigt sich wieder mit den Kollektivschuldvorwürfen gegen das deutsche Volk und mit den Gewalttaten umherziehender Banden von Fremdarbeitern. "Darum fort mit der unwahren Beschuldigung, die behauptet, alle Deutschen seien mitschuldig an den Schandtaten, die im Kriege geschehen sind, seien mitverantwortliche für die Greuelthaten in den Konzentrationslagern.

Fort mit solch unwahrer und ungerechter Untermauerung einer Haltung, die es zuläßt, daß der Rest unserer Habe aus den durch Bomben zerstörten Wohnungen weggeschleppt, daß Häuser und Höfe auf dem Lande von bewaffneten Räuberbanden geplündert und verwüstet, daß wehrlose Männer ermordet, daß Frauen und Mädchen von vertierten Wüstlingen vergewaltigt werden."

Daraufhin wird er zur britischen Militärregierung zitiert. Der britische Oberst wirft ihm vor, er habe mit solchen Sätzen die Militärregierung vor dem deutschen Volke herabgesetzt und das Vertrauen zu ihr untergraben. Dadurch sei die angestrebte Erziehung des deutschen Volkes in Frage gestellt. Bischof von Galen bleibt bei seiner Haltung, erklärt vier Tage später lediglich, daß ihm die englische Militärregierung erklärt habe, sie sei "weit davon entfernt, sich in ihren Maßnahmen von Haß oder Rachsucht leiten zu lassen".

Im August 1945 schreibt der Bischof an Papst Pius XII. und schildert ihm die verzweifelte Lage Deutschlands - von den Kollektivbeschuldigungen über den Bruch der Genfer Konvention gegenüber den deutschen kriegsgefangenen Soldaten, über "rücksichtslose Vertreibung der Deutschen Bevölkerung aus Heimat und Besitz", über die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland. Und er warnt, daß dadurch der Boden bereitet werde für die "Siegeszukunft der bolschewistischen Ideen weit über die Grenzen der russischen Besatzungszone hinaus".

Als Weihnachten 1945 bekannt wird, daß der Papst drei deutsche Bischöfe zu Kardinälen ernannt hat, darunter auch Bischof von Galen, deutet dieser das in einer Predigt in Rom wenig später als einen Ausdruck der "Liebe des Papstes für unser armes deutsches Volk. Vor aller Welt hat er als übernationaler und unparteiischer Beobachter das deutsche Volk als gleichbe-

rechtigt in der Gemeinschaft der Nationen anerkannt."

Als er im Februar nach Rom fährt, um vom Papst empfangen zu werden, nutzt er die Gelegenheit, mehrere deutsche Kriegsgefangenenlager in Italien zu besuchen. Er spricht den deutschen Soldaten Mut zu, nimmt sie in Schutz vor kollektiven Beschuldigungen und versichert sie des Beistands seiner Kirche.

Daß das keine leeren Worte waren, zeigt das Eintreten von Galens für den von einem alliierten Gericht zum Tode verurteilten ehemaligen Kommandeur der 12. SS-Panzerdivision "Hitlerjugend", General Kurt Meyer ("Panzermeyer"). Nachdem er von Meyers Verteidiger über die Umstände der Verurteilung unterrichtet worden ist, schreibt er:

"Nach den mir gemachten Mitteilungen ist der General Kurt Meyer zum Tode verurteilt worden, weil ihm unterstellte Männer Verbrechen begangen haben, die er nicht veranlaßt noch gebilligt hat. Als Vertreter christlicher Rechtsauffassung, nach der jeder Mensch nur für seine eigenen Taten verantwortlich und gegebenenfalls bestrafbar ist, unterstütze ich deshalb das Gnadengesuch für den Generalmajor Meyer und bitte um Erlaß der zuerkannten Strafe. Gez. Clemens August Graf Galen".

Am 16. März 1946 spricht er zum letzten Mal öffentlich in Münster. Die Ansprache wird vom Westdeutschen Rundfunk übertragen. Er sagte unter anderem: "Trotz der heldenmütigen Tapferkeit unserer Soldaten" sei "unser deutsches Vaterland" zusammengebrochen. "Trotzdem steht das, was unsere Soldaten in treuer Pflichterfüllung getan haben, immer und wird für alle Zeiten vor uns stehen, als ein Heldentum, als eine Treue und Gewissenhaftigkeit, die wir rühmen, die wir anerkennen. Das möchte ich vor allem den Soldaten sagen, die hier sind, und denen sagen, die noch nicht hier bei uns sind ..."

Am 22. März 1946 stirbt der Kardinal, nicht nur von den deutschen Katholiken betrauert. Er wird im Hohen Dom zu Münster beigesetzt.<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11 - 2005 über die Rede des Bischofs von Münster, Clemens August Graf von Galen, vom 1. Juli 1945 (x853/...): >>... Hatte Bischof Clemens August Graf Galen mit seinen mutigen Predigten gegen die NS-Machthaber in besonders gefährlicher Zeit seine Furchtlosigkeit unter Beweis gestellt und damit in eindrucksvoller Weise Zeugnis für Glauben und Menschenrecht abgelegt, zeigte er nach dem Krieg, daß er sich auch durch mögliche Lobsprüche für sein beispielhaft tapferes Verhalten gegenüber dem braunen Regime nicht von gebotener Kritik an den Siegern abhalten ließ.

Das erfuhren die Besatzungsherren schon knapp zwei Monate nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 1. Juli 1945. Da hielt Bischof Graf Galen anlässlich einer Diözesanwallfahrt nach Teltge eine Ansprache, die an Mut und Furchtlosigkeit seinen Predigten während der Kriegszeit kaum nachstand. Thema seiner ersten Wallfahrtspredigt nach dem Kriege war neben dem "Gott sei Dank dafür, daß die Kriegshandlungen aufgehört haben und auch die Bedrückungen und Einengungen der religiösen Freiheit beendet sind", die Zurückweisung des von den Siegern erhobenen Vorwurfs der Kollektivschuld. Von Galen dazu wörtlich:

"Fort mit der unwahren Beschuldigung, die behauptet, alle Deutschen seien mitschuldig an den Schandtaten, die im Kriege geschehen sind, seien mitverantwortlich für die Greuelthaten in den Konzentrationslagern. Fort mit solch unwahrer und ungerechter Untermauerung einer Haltung, die es zuläßt, daß der Rest unserer Habe aus den durch Bomben zerstörten Wohnungen weggeschleppt, daß Häuser und Höfe auf dem Lande von bewaffneten Räuberbanden geplündert und verwüstet, daß wehrlose Männer ermordet, daß Frauen und Mädchen von vertiereten Wüstlingen vergewaltigt werden."

Und als ob der "Löwe von Münster" die von den Nachgeborenen immer wieder erhobenen Vorwürfe gegen das vermeintliche Versagen der Väter-Generation voraus gehaut hätte, stellte

er bei gleicher Gelegenheit am 1. Juli 1945 in Teltge klar:

"Gerade die Konzentrationslager mit ihren zahlreichen deutschen Insassen und Opfern zeigen doch, mit welchen Mitteln jeder Widerstand gegen die Gewaltmaßnahmen der Machthaber, ja sogar jede freie Meinungsäußerung unterdrückt, bestraft und eigentlich fast ganz unmöglich gemacht worden ist." ...<<

Ungarn: Die Nationalregierung erläßt am 1. Juli 1945 eine Verordnung über die Feststellung der politischen Belastung und Befugnisse des Volksbetreuungsamtes (x008/83E-90E): >>Die Feststellung der politischen Belastung - Kategorisierung.

Verordnung Nr. 3820/1945 ... über Maßnahmen bezüglich der unter § 2 Absatz 5 der Verordnung Nr. 1710/1945 ... fallenden Personen und über die Erweiterung der Befugnisse des Volksbetreuungsamtes.

§ 1

Das Volksbetreuungsamt ist für die entsprechende Unterbringung, Betreuung und Ansiedlung der Flüchtlinge, die eine dauernde Ansiedlung beanspruchen, zuständig. Das Volksbetreuungsamt siedelt sie auf dem Grundbesitz der unter § 2 Absatz 5 der Verordnung 1710/1945 ... fallenden Personen an.

§ 2

1) In Bezirken, in deren Gemeinden ein erheblicher Teil der Bevölkerung in den vergangenen Jahren eine hitlerische (volksbundfreundliche, faschistische, pfeilkreuzlerische usw.) Haltung gezeigt hat, sind zur Überprüfung der nationalen Zuverlässigkeit der unter § 2 Absatz 5 der Verordnung Nr. 1710/1945 ... fallenden Bevölkerung, ein oder mehrere Bezirkskommissionen zu bilden.

2) Die Bezirkskommission setzt sich aus dem Vorsitzenden und zwei Mitgliedern zusammen.

3) Der Innenminister ernennt den Vorsitzenden aus der Mitte der mit den örtlichen Verhältnissen vertrauten, womöglich zum Richteramt, jedenfalls aber juristisch befähigten Personen und bezeichnet in der Ernennungsurkunde die Gemeinden, auf die sich die Zuständigkeit der Kommission erstreckt.

Ein Mitglied und ein Ersatzmitglied entsendet das Nationalkomitee des Kreises aus den Reihen der ansässigen, demokratisch fühlenden ungarischen Bevölkerung. Der Innenminister kann jedoch in begründeten Fällen die Befugnis des Nationalkomitees des Kreises, Mitglieder zu entsenden, aufheben und zur Entsendung des Mitgliedes und des Ersatzmitgliedes eine Landes- oder örtliche Bewegung bestimmen, die mit Erfolg das Vordringen des Hitlertums (Volksbund, Faschismus, Pfeilkreuzlerpartei usw.) bekämpft hat.

Das zweite Mitglied und das zweite Ersatzmitglied entsendet eine Landes- oder örtliche Bewegung, die das Vordringen des Hitlertums (Volksbund, Faschismus, Pfeilkreuzlerpartei usw.) mit Erfolg bekämpft hat, aus der Mitte der ansässigen demokratisch gesinnten deutschen Bevölkerung.

4) Der Vorsitzende der Kommission verwendet bei den Rechtfertigungsausschüssen zur Führung des Protokolls eine über ausreichende Erfahrung in Kanzleiarbeiten verfügende, möglichst im öffentlichen Dienst stehende Person.

5) Der Vorsitzende des Rechtfertigungsausschusses, seine Mitglieder und der Protokollführer haben Anspruch auf das für Mitglieder der Rechtfertigungsausschüsse allgemein festgelegte Tagegeld. Sie haben außerdem nach jedem außerhalb ihres Wohnsitzes abgehaltenen Sitzungstag Anspruch auf ein Abordnungsgeld von 200 Pengö.

§ 3

Die Kreiskommission ist verpflichtet, die zu ihrem Zuständigkeitsbereich gehörenden Gemeinden aufzusuchen. Die Untersuchung der nationalen Zuverlässigkeit erstreckt sich auf jeden über 16 Jahre alten unter § 2 Absatz 5 der Verordnung Nr. 1710/1945 ... fallenden Bewohner dieser Gemeinden, ohne Rücksicht auf Geschlecht, Beruf und Alter. Frauen, die im

Haushalt ihrer Ehemänner leben und kein selbständiges Einkommen haben und minderjährige Kinder unterliegen jedoch nur dann einer besonderen Untersuchung, wenn irgend jemand besondere Mitteilungen macht, die sich auf sie beziehen.

§ 4

Die Kommission kann unter Berücksichtigung der örtlichen Umstände und auf Grund einer eingehenden und gewissenhaften Würdigung der Gesamthaltung der der Untersuchung unterzogenen Person, ihrer persönlichen Lage und sämtlicher zur Verfügung stehender Unterlagen folgende Feststellung treffen:

1) Sie stellt fest und beurkundet, falls erforderlich, daß die der Untersuchung unterzogene Person in einer hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation eine führende Rolle gespielt hat. Eine derartige Feststellung muß sie auch dann treffen, wenn die der Untersuchung unterzogene Person freiwillig in einen Verband der Waffen-SS eingetreten ist. In einem begründeten Falle kann in der Entscheidung zum Ausdruck gebracht werden, daß die Familienangehörigen der der Untersuchung unterzogenen Person (ihre in häuslicher Gemeinschaft lebende Ehefrau und ihre minderjährigen Kinder) von den Auswirkungen des Beschlusses befreit sind.

2) Sie stellt fest und beurkundet, falls erforderlich, daß die der Untersuchung unterzogene Person Mitglied einer hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation war. Eine derartige Feststellung muß sie auch von dem treffen, der seinen deutsch klingenden Familiennamen wieder angenommen hat.

In einem begründeten Falle kann zum Ausdruck gebracht werden, daß die Familienangehörigen der der Untersuchung unterzogenen Person (ihre in häuslicher Gemeinschaft lebende Ehefrau und ihre minderjährigen Kinder) von den Auswirkungen des Beschlusses befreit sind.

In einem begründeten Falle schlägt die Kommission in diesem Beschluß gleichzeitig vor, daß gemäß § 7 Absatz (2) der Verordnung 600/1945 ... das Wohnhaus und ein Grundstück, welches nicht größer als 600 Quadratklafter ist, der zurückbleibenden Familie zu belassen ist.

3) Sie stellt fest und beurkundet, falls erforderlich, daß die der Untersuchung unterzogene Person, obwohl sie nachweislich kein Mitglied der hitleristischen Organisation war, deren Zielsetzungen unterstützt hat. In dem Beschluß muß zum Ausdruck gebracht werden, ob diese Feststellung sich auf die Familienangehörigen (ihre in häuslicher Gemeinschaft lebende Ehefrau und ihre minderjährigen Kinder) der der Untersuchung unterzogenen Person erstreckt oder nicht.

4) Sie stellt fest und beurkundet, falls erforderlich, daß die der Untersuchung unterzogene Person kein Führer, Mitglied, Förderer einer hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation war.

§ 5

1) Die Führer, Mitglieder und Förderer der Organisation der sogenannten Hitlerjugend sind ebenso zu beurteilen wie die Führer, Mitglieder und Förderer hitleristischer Organisationen (Volksbund, faschistisch, Pfeilkreuzler usw.) mit dem Unterschied, daß diejenigen Führer, die zur Zeit ihrer Tätigkeit ihr 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, als Mitglieder hitleristischer Organisationen (§ 4 Absatz 2) zu erklären und dementsprechend zu behandeln sind.

2) Das Kommissionsverfahren und die dort getroffenen Feststellungen berühren nicht die Wirkung eines etwaigen Verfahrens zur Entziehung der Staatsangehörigkeit oder eines vor dem Volksgerichtshof anhängigen oder möglicherweise einzuleitenden Verfahrens.

§ 6

Die Kommission kann auf Antrag auch feststellen, daß einzelne volksdeutsche Personen trotz des Hitlerterrors ihre Treue zur Nation und ihre demokratische Gesinnung unter Beweis gestellt haben.

§ 7

- 1) Die Kommission beschließt im allgemeinen nur nach Anhören des Betroffenen.
- 2) Ein Beschluß kann auch in Abwesenheit des Betroffenen gefaßt werden; dann kann aber nur festgestellt werden, daß die der Untersuchung unterzogene Person Führer (§ 4 Absatz 1) oder Mitglied (§ 4 Absatz 2) einer hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation gewesen ist.
Zu Lasten der Familienangehörigen solcher Personen (ihrer in häuslicher Gemeinschaft lebende, Ehefrau und ihrer minderjährigen Kinder) können nur grundbesitzpolitische, Maßnahmen zur wohnungsmäßigen Zusammenlegung und Umsiedlungsmaßnahmen, jedoch keine polizeilichen Maßnahmen durchgeführt werden. In der Verfügungsgewalt über ihr bewegliches Eigentum können sie nicht beschränkt werden, sofern dieses nicht zur wirtschaftlichen Ausrüstung gehört.
- 3) Der Betroffene kann innerhalb von 30 Tagen nach seiner Rückkehr ein neues Verfahren beantragen (§ 14). Stellt er keinen Antrag, so sind nach Ablauf von 30 Tagen die allgemeinen Bestimmungen über Vollziehung von Beschlüssen anzuwenden.

§ 8

Die Kommission ist dann beschlußfähig, wenn alle ihre drei Mitglieder an der Beschlußfassung teilnehmen.

- 2) Die Kommission verkündet ihren Beschluß mündlich dem Betroffenen, im Falle eines Abwesenheitsverfahrens nach Möglichkeit seinen Angehörigen. Über die durchgeführte Beweisaufnahme, über die Verhandlung und über den Beschluß ist ein kurzes Protokoll in dreifacher Ausfertigung aufzunehmen, das von allen drei Mitgliedern der Kommission unterschrieben wird.
- 3) Wenn die Kommission in einer, von den obigen Bestimmungen abweichenden Weise beschließt, kann der Innenminister oder ein für diesen Zweck durch ihn bestimmtes Organ auf Antrag des Betroffenen oder eines Mitgliedes der Kommission ein neues Verfahren anordnen. Der Antrag ist beim Vorsitzenden der Kommission einzureichen, der ihn zusammen mit den Akten vorlegt. Wenn die Akten sich schon beim Volksbetreuungsamt befinden, erfolgt die Vorlage über dieses.

§ 9

1) Alle Personen, von denen auf Grund obiger Bestimmungen festgestellt wird, daß sie in einer hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation eine führende Rolle gespielt haben (§ 4 Absatz 1), sind über die Nachteile hinaus, die in den Rechtsvorschriften über die Bodenreform festgelegt sind, in Polizeigewahrsam zu nehmen (internieren). Ihre Familienangehörigen (ihre in häuslicher Gemeinschaft lebende Ehefrau und ihre minderjährigen Kinder) sind - wenn sie von den Auswirkungen des Beschlusses nicht befreit sind - an den Internierungsort zu verbringen, bis dahin können sie zwangsweise zusammen untergebracht werden.

Die Kommission legt eine Ausfertigung des aufgenommenen Protokolls zwecks Fassung des Internierungsbeschlusses der vom Innenminister hierfür bestimmten Polizeibehörde zweiter Instanz vor. Die zweite Ausfertigung des Protokolls ist dem Grundbesitzreglungsrat der Provinz, die dritte Ausfertigung dem Volksbetreuungsamt zu übersenden.

2) Die Internierung wird auf Grund des Internierungsbeschlusses von der Polizei im Einvernehmen mit dem Volksbetreuungsamt an Orten durchgeführt, die durch das Volksbetreuungsamt hierfür bestimmt werden. Die Umsiedlung der Angehörigen erfolgt ausschließlich durch das Volksbetreuungsamt.

Die Internierten und ihre evakuierten Familienangehörigen können 200 kg ihres beweglichen Eigentums - soweit dieses nicht zur wirtschaftlichen Ausrüstung gehört und wegen bestehender öffentlicher Schulden nicht der Pfändung unterliegt - mit sich nehmen. Ihr übriges bewegliches und unbewegliches Vermögen wird beschlagnahmt mit Ausnahme der zurückgelasse-

nen Lebensmittelvorräte und der wirtschaftlichen Ausrüstung, die gemäß Verfügung des Amtes für Volkswohlfahrt Neusiedlern zugeteilt werden. Der Gemeindevorstand hat unter Aufsicht des Volksbetreuungsamtes für die Beschlagnahme und Pflege der sequestrierten Vermögensgegenstände zu sorgen.

3) Falls die Polizeibehörde zweiter Instanz von der Anordnung der Internierung absieht, finden auf die fraglichen Personen, die für Mitglieder hitleristischer (Volksbund-, Pfeilkreuzler-, faschistischer usw.) Organisation (§ 4 Absatz 2) geltenden Bestimmungen (§ 10) Anwendung.

§ 10
1) Alle Personen, von denen festgestellt wird, daß sie Mitglieder einer hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation waren (§ 4 Absatz 2), werden, außer von den Nachteilen, die in den gesetzlichen Bestimmungen über die Bodenreform vorgesehen sind, auch von einer besonderen Arbeitsdienstpflicht betroffen, die sie gemäß den Verfügungen des Ministers für Wiederaufbau abzuleisten haben.

Die Vorschriften über die Altersgrenze, die Befreiung und die Dauer des Arbeitsdienstes sind die gleichen wie die allgemeinen Bestimmungen der Verordnung über öffentliche Arbeit, die die öffentliche Arbeitsdienstpflicht von Pfeilkreuzlern u.a. regelt. Überdies können sie zwangsweise zusammen untergebracht werden und sind verpflichtet, ihren Lebensmittelvorrat, der den für sie und ihre Familie notwendigen dreimonatigen Lebensmittelbedarf überschreitet, nach Anweisung des Volkswohlfahrtsamtes, den Siedlern zu überlassen.

Der Arbeitsdienst ist gegen die amtlich festgelegten örtlichen Arbeitslöhne, am Wohnort oder an dem vom Volkswohlfahrtsamt bestimmten Umsiedlungsort einzeln oder gruppenweise zu leisten. Umgesiedelt werden auch die Familienmitglieder (ihre in häuslicher Gemeinschaft lebende Ehefrau und ihre minderjährigen Kinder), wenn sie nicht von den Auswirkungen des Beschlusses befreit sind.

Die Umsiedler können über ihr bewegliches Vermögen - wenn dieses nicht zu der wirtschaftlichen Ausrüstung gehört und nicht wegen bestehender öffentlicher Schulden der Pfändung unterliegt - frei verfügen. Eine Ausfertigung des von der Verhandlung aufgenommenen Protokolls ist dem Grundbesitzreglungsrat der Provinz, zwei Ausfertigungen sind dem Volkswohlfahrtsamt zu übersenden.

2) Falls diesen Personen ihr Hofraum (Wohnhaus und 600 Quadratklafter) gemäß § 7 Absatz 2 der Verordnung Nr. 600/1945 ... aus Billigkeitsgründen belassen wurde, kann dieser vom Volkswohlfahrtsamt für die zwangsweise Unterbringung anderer, sich in der gleichen Lage befindlichen Personen in Anspruch genommen werden.

§ 11

1) Wenn die Kommission solche Personen als Führer (§ 4 Absatz 1) oder Mitglieder (§ 4 Absatz 2) einer hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation bezeichnet, bezüglich derer die Bodenbeschaffungskommission der Gemeinde keinen Vorschlag auf Beschlagnahme gemacht hat, so hat der Beschluß der Kommission die gleiche Wirkung wie der Vorschlag auf Beschlagnahme der Landbeschaffungskommission der Gemeinde; über die Beschlagnahme entscheidet in solchen Fällen der Grundbesitzreglungsrat der Provinz, gegen dessen Beschlüsse auf Grund der allgemeinen Bestimmungen beim Landesrat für Grundbesitzregelung Beschwerde eingelegt werden kann.

2) Trifft der Grundbesitzreglungsrat der Provinz keine Beschlagnahmeverfügung, so haben auf die fragliche Person diejenigen Bestimmungen (§ 12) Anwendung zu finden, die sich auf Personen beziehen, welche die Zielsetzungen der hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisationen (§ 4 Absatz 3) unterstützt haben.

§ 12

1) Alle Personen, von denen festgestellt wird, daß sie die Zielsetzungen der hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisationen unterstützt haben (§ 4 Ab-

satz 3), sind verpflichtet, mit ihrem unbeweglichen Vermögen der staatlichen Siedlungsaktion zur Verfügung zu stehen. Dies bedeutet, daß sie gemäß der Verfügung des Volkswohlfahrtsamtes dulden müssen, daß ihr Grundbesitz vom Volkswohlfahrtsamt gegen Grundstücke, die in einem anderen Teile des Landes gelegen sind, ausgetauscht wird.

Bis dahin sind sie verpflichtet, in ihren Häusern die Familienmitglieder der Führer (§ 4 Absatz 1) der hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Bewegungen und die Mitglieder (§ 4 Absatz 2) dieser Bewegungen aufzunehmen. Sie sind auch verpflichtet, ihren Lebensmittelvorrat, der den für sie und ihre Familie notwendigen dreimonatigen Lebensmittelbedarf übersteigt, auf Weisung des Volkswohlfahrtsamtes den Neusiedlern zu überlassen. Über ihr bewegliches Vermögen können sie, falls dieses nicht zu der wirtschaftlichen Ausrüstung gehört, frei verfügen.

Ihr zu der wirtschaftlichen Ausrüstung gehörendes bewegliches Vermögen müssen sie im Bedarfsfalle nach Weisung des Volkswohlfahrtsamtes mit den Siedlern, die auf ihrem früheren Grundbesitz angesiedelt werden, teilen. Das über die Verhandlung aufgenommene Protokoll ist dem Volksbetreuungsamt einzureichen.

2) Die finanzielle Abwicklung des Grundstücks austausches wird durch eine besondere Rechtsvorschrift geregelt.

§ 13

Diejenigen, von denen die Kommission feststellt, daß sie keine Mitglieder, Führer oder Förderer der hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisationen waren (§ 4 Absatz 4), die jedoch ihre Vaterlandstreue und demokratische Gesinnung nicht unter Beweis gestellt haben (§ 6), sind, falls erforderlich, gleichfalls verpflichtet, die zwangsweise Evakuierten oder zusammen Unterzubringenden in ihre Häuser aufzunehmen. In solchen Fällen ist die Familienzusammengehörigkeit entsprechend zu berücksichtigen.

§ 14

1) Die Bezirkskommission regelt ihr Verfahren nach Möglichkeit so, daß sie zuerst die Führer (§ 4 Absatz 1) der hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisationen, dann ihre Mitglieder (§ 4 Absatz 2) und schließlich ihre Förderer (§ 4 Absatz 3) an die Reihe nimmt.

Das Volksbetreuungsamt ruft vor Beginn und während des Verfahrens die Bevölkerung unter Benennung des Umsiedlungsortes mehrfach zur freiwilligen Umsiedlung auf. Von den sich freiwillig meldenden fertigt die Kommission ein Verzeichnis in zwei Exemplaren, deren zweites dem Volksbetreuungsamt übersandt wird. Die freiwilligen Umsiedler haben das Recht, die Tauschgrundstücke zu besichtigen und in dem vom Volksbetreuungsamt bezeichneten Rahmen zwischen den Grundstücken zu wählen.

2) Gegen die freiwilligen Umsiedler ist das in den §§ 2-8 geregelte Kommissionsverfahren in einem späteren Zeitpunkt an ihrem neuen Wohnort durchzuführen, sie können jedoch nur mit der Feststellung belastet werden, daß sie Führer (§ 4 Absatz 1) oder Mitglied (§ 4 Absatz 2) einer hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation waren. Diejenigen, gegen die an ihrem neuen Wohnort eine solche Feststellung nicht getroffen wird, können keiner weiteren Umsiedlung oder Evakuierung unterworfen werden.

3) Falls die Kommission auf Grund der ihr zur Verfügung stehenden Unterlagen zu der Erkenntnis gelangt, daß ein sich freiwillig Meldender ein allgemein bekannter und tätiger Hitleranhänger (Volksbund, Faschist, Pfeilkreuzler usw.) gewesen ist, so kann sie bis zum Zeitpunkt der Beendigung ihres Verfahrens in der Gemeinde anordnen, daß auch gegen ihn an seinem Wohnort zu verhandeln ist.

Wenn sie als Ergebnis des Verfahrens feststellt, daß die der Untersuchung unterzogene Person Führer (§ 4 Absatz 1) oder Mitglied (§ 4 Absatz 2) einer hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation war, dann ist der Betreffende aus dem Verzeichnis

der sich freiwillig Meldenden zu streichen.

Wenn sie feststellt, daß er ein Förderer (§ 4 Absatz 3) der hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation war, dann bleiben die Bestimmungen über die freiwilligen Meldungen auf ihn anwendbar, und er wird in dem Verzeichnis der sich freiwillig Meldenden belassen.

§ 15

Diejenigen, von denen die Kommission in gewöhnlichem Verfahren oder in einem neuen Verfahren (§ 7 Absatz 3), (§ 8 Absatz 3) feststellt, daß sie keine Führer (§ 4 Absatz 1) oder Mitglieder (§ 4 Absatz 2) der hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation waren, deren Grundstücke aber trotzdem auf Grund eines in ihrer Abwesenheit durchgeführten Verfahrens oder auf andere Weise beschlagnahmt oder eingezogen wurden, können von dem Volksbetreuungsamt ein Tauschgrundstück beanspruchen.

Auf diejenigen, von denen die Kommission festgestellt hat, daß sie die Zielsetzungen der hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation unterstützt haben (§ 4 Absatz 3), sind die Bestimmungen über den zwangsweisen Besitztausch (§ 12), auf diejenigen, von denen die Kommission eine derartige Feststellung nicht getroffen hat, die Bestimmungen über den freiwilligen Besitztausch (§ 13) anzuwenden.

§ 16

1) Aus den Siedlern, die durch das Volkswohlfahrtsamt in irgendeiner Gemeinde angesiedelt werden sollen, sind gemeindeweise Bodenbeschaffungskommissionen zu bilden, die über Grundstücke, die in der Gemeinde auf Grund des oben beschriebenen Kommissionsverfahrens beschlagnahmt oder vertauscht wurden, die in den Ziffern b, d, e, f und h des § 8 der Verordnung Nr. 33000/1945 F. M. festgelegten Zuständigkeiten ausüben.

2) Der Grundbesitzreglungsrat der Provinz wird durch zwei Vertreter des Volkswohlfahrtsamtes ergänzt, wenn er bei einer Beschlagnahme, einem Grundstückstausch oder einer Ansiedlung tätig wird, die im Rahmen des Volkswohlfahrtsamtes abzuwickeln ist.

3) Für Angelegenheiten, die durch das Volksbetreuungsamt abgewickelt werden, wird bei dem Landesrat für die Bodenbesitzregelung ein besonders tagender Rat gebildet, in dem auch zwei Vertreter des Volksbetreuungsamtes Sitz und Stimme haben.

§ 17

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft. Mit ihrem Inkrafttreten verlieren sämtliche allgemeinen Verfügungen, Richtlinien usw., die vorher über diesen Gegenstand von irgendeiner Behörde erlassen wurden, ihre Gültigkeit. Für die Durchführung dieser Verordnung sorgen der Innenminister auf dem Wege über das Volksbetreuungsamt und der Landwirtschaftsminister über den Landesrat für Grundbesitzregelung.

Veröffentlicht in "Magyar Közlöny" vom 1. Juli 1945 ...<<

Großbritannien: Churchill kritisiert am 1. Juli 1945 den Rückzug der Nordamerikaner und Briten aus Mitteldeutschland (x111/42): >>... Sowjetrußland setzte sich im Herzen Europas fest. Es war für die Menschheit ein verhängnisvoller Tag.<<

03.07.1945

Berlin: Die Nordamerikaner und Briten besetzen am 3. Juli 1945 die Westsektoren Berlins.

04.07.1945

WBZ: Die westlichen Alliierten berichten am 4. Juli 1945, daß sie den Sowjets bereits rund 1,5 Millionen russische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene übergeben haben (x133/427).

Österreich: Die Alliierten kündigen am 4. Juli 1945 an, daß Österreich in den Grenzen von 1937 bestehen bleiben soll und in 4 Besatzungszonen sowie Wien (Sonderstatus) eingeteilt wird (x040/290).

"Befreites Österreich"

Österreich wurde nach dem Kriegsende nicht wie ein besiegtes, sondern wie ein befreites

Land behandelt. Da Österreich von den Siegermächten offiziell als "Hitler-Opfer" eingestuft wurde, mußte es auch keine Verantwortung für die NS-Verbrechen übernehmen.

Die angeblich "von Hitler gewaltsam unterdrückten Österreicher" sahen diese Befreiungstheorie selbstverständlich genauso. Obwohl fast alle Österreicher den freiwilligen Anschluß begrüßten und "ihren Hitler" jubelnd empfangen hatten, wollten die anpassungsfähigen und "vergeßlichen" Österreicher nach der Niederlage natürlich nichts mehr von den deutschen Verlierern wissen.

Die sowjetischen Befreier wurden damals zwar nicht mit dem donnernden Beifall der deutsch-österreichischen Anschlußfeiern von 1938 begrüßt, aber von Wien bis Graz standen die "befreiten Österreicher" an den Straßen und jubelten den Rotarmisten zu. Die Österreicher, seit jeher der "charmanteste und glücklichste" deutsche Volksstamm, überwandten auch den Zweiten Weltkrieg fast mühelos.

Die wendigen Österreicher rückten sofort von den zertrümmerten deutschen Nachbarn ab und leugneten alle bisherigen freundschaftlichen Beziehungen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren die ehemals sieg- und erfolgreichen Deutschen plötzlich nur noch die "ewigen Verlierer" und Unpersonen.

Auch die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen erlebten in Österreich fast überall bittere Erfahrungen, denn viele "befreite" Österreicher wollten mit den "besiegten" Deutschen nichts mehr zu tun haben. Wohin die deutschen Heimatlosen auch kamen, in Österreich waren sie fast nirgends willkommen und vielerorts kam es zu offenen Feindseligkeiten. Nur wenn die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen genügend Vermögenswerte besaßen, verhielten sich die einheimischen Österreicher wesentlich "freundlicher".

Fast kein Österreicher erinnerte sich nach dem Zweiten Weltkrieg mehr daran, daß der radikale Nationalsozialismus gerade vor und nach dem Ersten Weltkrieg in der ehemaligen Donaumonarchie besonders erfolgreich gewesen war. Die Österreicher verdrängten auch die Tatsache, daß der ehemalige Österreicher Adolf Hitler in erster Linie durch die österreichischen Nationalisten bzw. Judenhasser Georg von Schönerer, Karl Lueger und Adolf Lanz geprägt worden war und daß seit Ende des 19. Jahrhunderts vor allem in Österreich ein ausgeprägter Judenhaß existierte.

Die österreichischen "Judenjäger" mußten jedenfalls nachweislich nicht von den deutschen Nationalsozialisten zur Judenjagd gezwungen werden. Zu den "berüchtigsten Österreichern" jener Zeit zählten z.B. Adolf Hitler, Odilo Globocnik, Ernst Kaltenbrunner, Arthur Seyß-Inquart, Franz Stangl und Gustav Wagner.

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (3/1962) berichtet am 17. Januar 1962 über den im österreichischen Fernsehen gesendeten Monolog des "Herrn Karl": >>>Mieslinge überall

Und dann ist der Hitler kummen", plauderte der feiste Mann auf dem Bildschirm. "Na ja, des war eine Begeisterung ... ein Jubel ... Endlich amal hat der Wiener a Freid ghabt ..."

Bevor noch der Mann mit dem schwitzenden Rundgesicht, laut Programmankündigung "Der Herr Karl", seinen erinnerungstrunkenen TV-Monolog beendet hatte, waren die Telefonleitungen zum Wiener Sender blockiert. Österreichs Fernsehzuschauer, verärgert wie noch nie zuvor, protestierten en masse.

"Der Herr Karl", notierte der Wiener Kritiker Hans Weigel, "wollte einem bestimmten Typus auf die Zehen treten, und ein ganzes Volk schreit 'Au'."

"Der Herr Karl", der den Österreichern im November auf die Zehen trat, wiegt über zwei Zentner: Wiens Star-Kabarettist Helmut Qualtinger. Als Mitautor und Allein-Interpret des Einakters "Der Herr Karl" demonstrierte das 33jährige Schwergewicht "komödiantische Kraft" in solchem Ausmaß, daß sich seine Landsleute pauschal verunglimpft fühlten:

In echtem Wiener Beißerdialekt sagte Qualtinger den Österreichern - wie die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" aus Wien berichtete - "mehr Wahrheiten ins Gesicht, als sie während der

letzten 16 Jahre ... zu hören bekamen".

Der Durchschnitts-Österreicher Karl, den Qualtinger zusammen mit dem Autor Carl Merz modelliert hat, entspricht in keiner Weise dem Klischee des betulichen, lebenswerten Donau-Anrainers: Er ist ein unsympathischer Dickwanst mit talmigoldenem Wiener-Herzen auf dem unrechten Fleck; er geht mit biederemännlichem Charme über Leichen, stets bereit zum Mitlaufen ("Mir warn ja immer unpolitisch").

Meditiert Qualtinger-Karl: "Andere, mein Lieber; die habn sich gsund gestessn ... I war ein Idealist ... Was war i? Bei der NSV ... a nationalsozialistische Volkswohlfahrt ... Da hat si kaner was denkt, wann er dazu gangen is ... Heut ist man ja aa überall ... bei der Gewerkschaft und 50 ..."

Bosheit an Bosheit fügend, läßt Qualtinger den Österreicher Karl mal beim Schutzbund, mal bei der Heimwehr, mal bei der SS schmarotzen, einen Juden zum "Gehsteigfegen" führen ("Irgendwer hätt's ja wegwischen müßn") und vor den Amerikanern liebbedienern. Die Erinnerung an die Anschlußepoche mag Karl "nicht missen".

Besonders diese Schilderung der Anschlußfreuden war es, die Österreichs Neupatrioten dem Kabarettisten Qualtinger übelnahmen. "Kaum ist Gras über die Sache gewachsen", dolmetschte ein Funktionär der österreichischen Fluggesellschaft "Austrian Airlines" nationale Bedenken, "da kommt so ein Kamel und frißt es wieder ab."

Vergebens bemühte sich der österreichische Rundfunk-Programmbeirat, das rechte Maß für die Beurteilung des Qualtinger-Stücks zu finden. Vorsitzender Professor Rudolf Henz:

"Viele haben viel gelacht, einige Mitglieder des Beirates waren ganz dafür, andere wieder halb dagegen, dann gab's welche, die waren halb dafür, und andere wiederum ganz dagegen."

In ähnliche Verlegenheit hatte Qualtinger, der fette Großmeister Wiener Kleinkunst, Österreichs Prominentenschar schon des öfteren gebracht. Als der Unterrichtsminister Hurdes einst zu einem Kampf gegen "Schmutz und Schund" aufrief, ließ Qualtinger von einer Hausfassade ein großes "U" abmontieren und schickte es Hurdes mit gebührender Empfehlung: Der Vokal "U" solle aus dem Alphabet gestrichen werden, da er doch in allen unsittlichen, unseriösen und unschönen Wörtern vorkomme.

Zu seinem jüngsten Streich äußerte sich Qualtinger unschuldsvoll. "Wer sagt denn", sprach er, "daß der Herr Karl ein typischer Österreicher ist?" Sein Stück sei den Karl-Typen schlechthin gewidmet, weil es "in dieser Zeit der Vertuschung und Beschwichtigung nicht schaden kann, den Kleinen vorzuspielen, wie klein sie sind".

Dennoch schlug die nationale Empörung in Österreich erneut empor, als Anfang dieses Jahres bekannt wurde, daß Qualtingers Monodrama demnächst auch vom Deutschen Fernsehen ausgestrahlt werden soll (14. März, Zweites Programm). Wieder fluteten Beschwerden in das Wiener Funkhaus. Tenor der Protestbriefe:

Derartiger Kultur-Export sei Verrat an Österreich. "Die Äußerung eines Politikers", berichtete der Wiener Fernsehdirektor Gerhard Freund, "daß ich dafür nach Sibirien gehöre, will ich vernachlässigen."

Immerhin trug Qualtinger dem nationalen Sentiment Rechnung: Eine Bühnenfassung des "Herrn Karl", mit der er im April in den Münchner Kammerspielen gastieren wird, weist Veränderungen auf. Da sich "die Münchner nicht ungetrübt darüber freuen sollen, wie mies die Österreicher sind", will der Kabarettist auch über den "Hilfszug Bayern" meditieren, dessen Gulaschkanonen beim Anschluß 1938 Hitlers Politik propagieren halfen.

Qualtinger, im Stile des Herrn Karl: "Mieslinge gibt es überall." ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (47/1962) berichtet am 21. November 1962 über das "befreite" Österreich: >>>50 Jahre fehlen

Die Bürgerschaft eines demokratischen Staates wächst hier mit derselben Vorbildung heran", grollte der Wiener "Express", "die ein Buschneger beim ersten Betreten einer europäischen

Großstadt besitzt."

Dieses harte Urteil galt der Art, in der die Schulen der neutralen Alpenrepublik der unbewältigten Vergangenheit ihres Staates ausweichen: Die letzten 50 Jahre österreichischer Geschichte werden schamhaft totgeschwiegen.

Für mindestens 70 von 100 Abiturienten, die beim Eintritt ins österreichische Bundesheer den Eid auf die Republik schwören, endet - trotz der jüngst beschlossenen Schulreform - das historische Wissen mit dem Sturz der Habsburger Monarchie.

Über die nachfolgenden Ereignisse, die politischen Leidenschaften, die Österreich nach 1918 zu einem Staat wider Willen machten und in die Kettenreaktion Bürgerkrieg-Faschismus-Nationalsozialismus stießen, breiten die Lehrkräfte mildes Schweigen.

Ergebnis solcher Behutsamkeit ist eine nationale Unbildung, deren erschreckendes Ausmaß eine Umfrage des Wiener "Kurier" enthüllte: Die Zeitung befragte 30 Realgymnasiasten einer Wiener Abiturklasse nach dem "bedeutendsten Ereignis aus der österreichischen Geschichte des Jahres 1934".

Sieben der Befragten nannten richtig die Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuß durch nationalsozialistische Putschisten, einer entsann sich des Bürgerkrieges zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen.

Die übrigen 22 Primaner tappten hilflos durch das Quiz. Einer schlug den Brand des Justizpalastes vor (1927), ein anderer währte, die Uno sei damals in den Völkerbund aufgenommen worden, neun hatten keinerlei Ahnung, ließen sich aber leicht überreden, 1934 als das Jahr der Abtrennung Südtirols (1919) zu betrachten.

So viel Unwissen veranlaßte Österreichs Unterrichtsminister Dr. Heinrich Drimmel, "energisch an die Einhaltung des Lehrplanes zu erinnern, der einen gegenwartsbezogenen Überblick über den Verlauf der allgemeinen Geschichte vorschreibt".

Das Ministerium mahnte die säumigen Lehrer, künftig den korrekten Abschluß des historischen Unterrichts anzustreben.

Dem Einwand der Lehrkräfte, der aktuelle Geschichtsunterricht scheitere an "zuviel Stoff für zuwenig Zeit", begegnete der Minister mit der Parole "Habt Mut zu Lücken". Er nehme, meinte Drimmel, kleinere Wissensmängel bei den Punischen Kriegen gerne in Kauf, wenn statt dessen das Wissen über die Ereignisse des 20. Jahrhunderts vermehrt werde.

Doch Drimmels Ermunterungen nutzten wenig. Wiens Landesschulinspektor Dr. Ernst Mayer, der - selbst Historiker - die Durchführung des Erlasses kontrollieren sollte, resigniert achselzuckend: "Ich habe auch seither keine höhere Jahreszahl als 1918 gehört."

Das ist freilich nicht allein die Schuld der Lehrkräfte an Österreichs höheren Schulen. Das Dilemma beginnt bereits mit der fragmentarischen Ausbildung der Pädagogen. Ahnungslos betraten sie einst als Abiturienten die Universität, und ahnungslos passierten sie Jahre später auch die Lehramtsprüfung.

Denn: Erst seit 1957 kann der angehende Historiker an der Wiener Hochschule - freiwillig - die Zeitgeschichte ab 1918 studieren. Vorher gab es dafür keinen Lehrstuhl.

Dazu Landesschulinspektor Mayer:

"In Wien hinken die Vorlesungen der Historischen Fakultät traditionsgemäß 30 Jahre hinter ihrer Zeit zurück. Wenn dann noch 20 Jahre seit dem Ende seines Studiums vergangen sind, hat der Geschichtslehrer ein Wissensvakuum von 50 Jahren."

Den Schulmännern macht obendrein die mangelnde innere Distanz zu den (selbst erlebten) Ereignissen der Zeitgeschichte zu schaffen. "Man muß verstehen", erläuterte Minister Drimmel, "daß jeder Historiker selbst am eigenen Leib die Narben der Vergangenheit trägt und fürchtet, sie aufzureißen."

An diese kaum vernarbten Wunden wagt auch kein österreichisches Geschichtslehrbuch zu rühren. Der offizielle historische Lehrbehelf für die Abschlußklasse hat zwar sechs Autoren,

aber keine Meinung. Das Büchlein entstand während der Besatzungszeit, als jedes Schulbuch einer Kommission der Besatzer vorzulegen war. Nach Abzug der Besatzungsmächte 1955 unterblieb eine Neufassung, da man sich bis heute nicht auf ein proporzgerechtes schwarz-rotes Autoren-Duo einigen konnte. So wird weiterhin nach einem Provisorium gelehrt und gelernt, das die Ereignisse der letzten 50 Jahre in wenigen unverbindlichen Sätzen zusammenfaßt, so etwa

- die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen von 1927: "Trotz dem Eingreifen besonnener Arbeiterführer konnten Übergriffe nicht verhindert werden. (Brand des Justizpalastes, 15. Juli 1927). Die Regierung Seipel ließ unter Opfern die Ruhe durch den Einsatz bewaffneter Polizeikräfte wiederherstellen."

- Juliputsch von 1934: "Bei einem gewaltsamen Versuch der Nationalsozialisten, die Macht an sich zu reißen, wurde Bundeskanzler Dollfuß in seinem Amt ermordet."

- Österreichs Anschluß an das Deutsche Reich im März 1938: "Obwohl Bundespräsident Miklas nach längerer Weigerung den Nationalsozialisten Dr. Seyß-Inquart zum Kanzler ernannte, besetzten dennoch die deutschen Truppen das ganze Land (Okkupation)."

Mit solch dürftigen Formulierungen werden die Unglücksjahre der Ersten Republik beschrieben. Der junge Österreicher erfährt aus seinem Geschichtsbuch nichts über die schwerbewaffneten Parteigarden, mit denen sich in den Jahren von 1927 bis 1934 die christlichsoziale Regierung und die sozialdemokratische Opposition zeitweise in offenem Bürgerkrieg bekämpften.

Über die Entwicklung, die zu dem dramatischen Versuch der österreichischen Gefolgsleute Hitlers führte, schon im Juli 1934 mit Gewalt die Angliederung an das Reich zu erzwingen, hört er ebensowenig wie über die Ereignisse des Anschluß-Jahres 1938.

Die jubelnden Menschenmassen beim Einzug Hitlers in Wien werden in Österreichs Lehrplänen nicht erwähnt. Der Anschluß, den damals fast alle Kräfte des abgewirtschafteten Staates, vom Sozialisten Renner bis zum Kardinal Innitzer, bejahten, gilt heute schlicht als militärische Okkupation. ...<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die fehlende Solidarität der "befreiten österreichischen Nation" (x024/-235-236): >>... Das "befreite Österreich", das sich aus der gesamtdeutschen Verantwortung stehlen und den von den meisten Österreichern lebhaft begrüßten Anschluß an Deutschland vergessen machen wollte, war bestrebt, die lästigen Vertriebenen so bald wie möglich nach "Deutschland", also in die westlichen 3 Besatzungszonen, abzuschieben. Eine Eingliederung der Flüchtlinge sollte verhindert werden. Dazu mußten fragwürdige Mittel herhalten.

"Volksdeutsche" durften nur in untergeordneten Tätigkeiten beschäftigt werden, die Kinder von Vertriebenen wurden vom Schulunterricht ausgeschlossen. Sie durften bestenfalls nachmittags die Räume der österreichischen Schulen benutzen. Die Vertriebenen waren größtenteils in Lagern untergebracht. Wenn dort Plätze frei wurden, weil Flüchtlinge nach Westdeutschland übersiedelten, wurden andere aus mühselig beschafften Privatwohnungen in die Lager eingewiesen.

Angesichts dieser diskriminierenden Maßnahmen zogen es tatsächlich die meisten Vertriebenen vor, nach Westdeutschland zu gehen. Von den 1,4 Millionen Vertriebenen, die nach Österreich kamen, blieben nur 350.000. Für den Erhalt der österreichischen Staatsangehörigkeit mußten sie noch kräftig bezahlen und ausdrücklich auf alle Entschädigungsansprüche an den österreichischen Staat für ihre durch die Vertreibung erlittenen Verluste verzichten.

Der österreichische Nationalismus bot, wie Prof. Wilfried Schlau schrieb, "ein makabres Beispiel moralischer Fragwürdigkeit und das Fehlen jeglicher sozialer Solidarität: Helmut Qualtinger hat dieser Geisteshaltung der 'befreiten österreichischen Nation' in seinem 'Herrn Karl' ein literarisches Denkmal gesetzt." ...<<

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" (x075/34): >>... Häufiger kommt es ... vor, daß eine Gruppe, z.B. ein nationaler Verband, danach trachtet, die Verbrechen oder die Beihilfe dazu in Schweigen zu hüllen, weil die Erinnerung daran das gute Gewissen belasten würde.

Österreich pflegte nach 1945 die Erinnerung an das Verbrechen des Anschlusses, die Annexion durch Deutschland 1938; auf diese Weise konnte man sich als Opfer empfinden. Unterschlagen wurden dabei allerdings die massenhafte und weitgehend begeisterte Zustimmung zu dieser Vergewaltigung, sowie die verbrecherischen Handlungen, an denen viele Österreicher nach dem Anschluß beteiligt waren.

Da sie sich in die Opferrolle begeben und dadurch eine Beschuldigung von außen verhindert hatten, wurde das öffentliche Bewußtsein nicht durch die Erinnerung an eine Beteiligung gestört. ...<<